

„Brüder, ergreift die Gewehre. Auf zur entscheidenden Schlacht!“¹

Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923

Gastbeitrag von Jon Peco

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG.....	1
2	MARXISMUS–LENINISMUS UND BEWAFFNETER AUFSTAND.....	2
2.1	DIE SOZIALEN UND POLITISCHEN VORAUSSETZUNGEN DES AUFSTANDES.....	5
2.2	DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND DIE FRAGE NACH DER VERANTWORTUNG FÜR DEN AUFSTAND.....	6
3	DAS KRISENJAHR 1923 UND DIE LAGE IN DER WEIMARER REPUBLIK.....	7
3.1	DIE KPD, VORHUT DER ARBEITERKLASSE.....	11
4	DIE REVOLUTIONSPLÄNE DES EKKI FÜR EINEN „DEUTSCHEN OKTOBER“.....	12
4.1	DAS EKKI ÜBER EINHEITSFRONT UND ARBEITERREGIERUNG: SPRUNGBRETT AUF DEM WEGE ZUR PROLETARISCHEN DIKTATUR 13	
4.2	DER 8. PARTEITAG DER KPD UND DIE LINIENKÄMPFE IN DER PARTEI.....	15
4.3	DIE ARBEITERREGIERUNGEN IN THÜRINGEN UND SACHSEN – ORDINÄRE MINISTER STATT REVOLUTIONÄRE KLASSENKÄMPFER.....	16
5	DER HAMBURGER AUFSTAND.....	18
5.1	DIE POLITISCHE LAGE IN HAMBURG.....	19
5.2	DIE OFFENSIVE DER KPD UND DER VERLAUF DES AUFSTANDES.....	19
5.3	DIE VERANTWORTUNG DER BRANDLER-FÜHRUNG FÜR DAS SCHEITERN DES „DEUTSCHEN OKTOBERS“.....	21
5.4	KOMMUNISTISCHE MYTHENBILDUNG – PROJEKTION UND SCHULDZUWEISUNG STATT TIEFGEHENDER SELBSTKRITIK....	23
6	LEHREN AUS DEM HAMBURGER AUFSTAND SOWIE DER POLITIK DER KPD 1923.....	27
6.1	MÖGLICHKEIT DES SIEGES ÜBER EINEN MILITÄRISCH ÜBERLEGENEN FEIND.....	27
6.2	DIE KP MUSS DIE MEHRHEIT DER ARBEITERKLASSE FÜR SICH GEWINNEN.....	27
6.3	DIE KP MUSS SICH FÜR DEN BÜRGERKRIEG RÜSTEN – NOTWENDIGKEIT EINES AUSGEREIFTEN MILITÄRAPPARATS.....	28
6.4	RELEVANZ DER ZERSETZUNGSARBEIT UNTER DEN STREITKRÄFTEN DER BOURGEOISIE.....	28
6.5	KP MUSS DAS GESAMTE PROLETARIAT EINES LANDES ORGANISATORISCH VEREINEN UND EINHEITLICH FÜHREN.....	29

1 Aus dem Text eines gleichnamigen Lieds der deutschen Arbeiterbewegung der Frühen 20er Jahre

1 Einleitung

„Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde mit einem Male [...] jede Schale des Imperialismus zerbrechen [...], den Sieg des Weltsozialismus [...] bestimmt verwirklichen.“² – W.I. Lenin

Das Jahr 1923 hätte die Welt verändern können. Es hätte sie aus den Angeln heben und die internationale Arbeiterbewegung in nahezu unschlagbare Stellung gegen die Reaktion bringen können. Auf deutschem Boden wurde zu dieser Zeit um die Zukunft der Menschheit gekämpft. Mit Deutschland würde entweder die morsche Festung des Imperialismus fallen und damit eine Kettenreaktion auslösen oder sich neu aufrichten, stärken und zur Offensive gegen die erste Arbeitermacht, den Sowjetstaat, übergehen.³ Deutschland nahm in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem aufsteigenden Sozialismus und dem zerfallenden Imperialismus eine Schlüsselstellung ein. Es war eben dieser „Knotenpunkt aller imperialistischen Gegensätze“, dieser „Lebensnerv des imperialistischen Systems“, welcher im Jahre 1923 in eine schervierende Krise taumelte. Kommunistische Internationale, russische und deutsche Kommunisten waren sich einig, dass die Zeit in diesem Jahr reif sei für die revolutionäre Machtprobe. Für einen ‚Entscheidungskampf‘, der die Verhältnisse in Europa und damit der ganzen Welt richtungsweisend umgekrempelt hätte. 1923 war aber auch das Jahr, in dem dieser Traum schnell ausgeträumt war und das den Sieg der proletarischen Revolution zunächst auf den Osten beschränkt ließ.

Der folgende Beitrag soll sich dem Krisenjahr 1923 in der Weimarer Republik, sowie dem revolutionären Aufschwung der damit einhergehend, widmen. In welcher Situation befand sich die kämpfende Klasse in Deutschland? Wie kam es zum Deutschen Oktober, wie verlief er und welche Lehren lassen sich aus den Kämpfen ziehen?

Hauptfokus soll hierbei auf der Analyse der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in dieser unmittelbar revolutionären Situation liegen. Dies aus dem Grund, da die Ereignisse des Jahres 1923 eine allgemeine Bedeutung besitzen, insofern, dass die Fragen der revolutionären Strategie und Taktik, mit welcher die KPD in diesem Jahr konfrontiert war, nicht lediglich einmaligen Fragen, sondern zum Teil allgemeine Fragen der Strategie und Taktik der proletarischen Revolution sind. Es geht um die Frage danach, wie die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen sei, die Frage nach dem Verhältnis zur Sozialdemokratie, sowie der Rolle des bewaffneten Aufstands überhaupt und wie er konkret vorzubereiten ist. Da der letzten Frage, dem bewaffneten Aufstand und seiner Rolle in dem Theoriegebäude des Marxismus-Leninismus, eine immense Wichtigkeit zukommt, wird sich zu Beginn in einem Exkurs mit ihr befasst werden. Erst danach soll es um die konkreten historisch-sozialen Bedingungen des Hamburger Aufstandes und die geschichtlichen Geschehnisse gehen. In die Geschichte geschaut werden soll aber nicht als zurückgelehnte, schlicht akademisch interessierte und lebensferne Individuen, sondern als Teile der kämpfenden Klasse, welche die Erfahrungen ihrer Vorkämpfer, die Errungenschaften und Niederlagen, die Fortschritte und Fehler dieser, für die gegenwärtigen und künftigen Klassenkämpfe nutzen will. Deswegen sollen am Ende des Beitrags klare Lehren aus der Analyse der Politik der KPD im Jahre 1923 gezogen werden.

2 W.I. Lenin, Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit; in: LW 31, S.332f

3 Siehe: Siegfried Vietzke, Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Kapitel I.I Der Platz Deutschlands im Kampf der beiden gesellschaftlichen Systeme der Welt, S.11-20

2 Marxismus–Leninismus und bewaffneter Aufstand

Die Beobachtung W.I. Lenins, die Bourgeoisie bemühe sich, die Gedanken großer Revolutionäre „ihre[r] revolutionäre[n] Lehre des Inhalts [zu] beraub[en], ihr die revolutionäre Spitze“ abubrechen, sie zu vulgarisieren, mit dem Ziel ihren Lehren dem gefährdenden Gehalt zu entleeren, hat keines bisschen an Aktualität verloren⁴. Bei diesem Angriff auf den Marxismus, wird der Hauptstoß gegen die marxsche Lehre von der Diktatur des Proletariats sowie seiner logischen Schlussfolgerung, dem bewaffneten Aufstand, gerichtet. Es wird versucht, den Marxismus zu entstellen und ihn in eine für die Bourgeoisie tolerierbare pazifistische Theorie zu wandeln. Dieser Teilbereich des Marxismus-Leninismus, die Lehre vom bewaffneten Aufstand, soll daher in dem folgenden Kapitel in groben Zügen dargestellt werden.

Dieser wichtigen Frage, dieser, so H. Kippenberger, „höchsten Form des politischen Kampfes des Proletariats“, dem bewaffneten Aufstand, widmeten sich Marx, Engels und Lenin mit großer Intensität⁵. Der bewaffnete Aufstand steht dementsprechend im System der Lehre des Marxismus–Leninismus an einer zentralen Stelle. Die Notwendigkeit und Unumgänglichkeit dieser Form des Klassenkampfes ergibt sich unmittelbar aus der marxschen Bestimmung der Rolle des Staates als Instrument der Klassenherrschaft, sowie aus der Auffassung von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Das Verkennen des Klassencharakters eines jeden Staates, insbesondere der „demokratischen“ Republiken, und die darauf basierende Illusion eines nicht gewaltsamen, eines evolutionären statt revolutionären Entwicklungsweg zum Sozialismus hin, führt also ebenso notwendig zur Ablehnung des bewaffneten Aufstands. So waren es die Theoretiker der II. Internationale, die von den gesteigerten Kampfmitteln des Proletariats in einer revolutionären Situation, von dem progressiven Charakter der revolutionären Gewalt nichts wissen wollten.⁶ Während der Zeit des Sozialistengesetzes, welches alle sozialdemokratischen Organisationen und Aktivitäten verbot, war die deutsche Sozialdemokratie noch im Stande, den bürgerlichen Staat als Klassendiktatur zu fassen, so trat er ihr gegenüber in Form der Figur Otto von Bismarck ja auch ganz unverhüllt diktatorisch auf. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes unter Wilhelm II. änderte sich dies. Während die Funktionäre der Sozialdemokratie zuvor geächtet und gejagt worden waren, konnten sie von nun an ein vergleichsweise ungefährliches und angenehmes Leben als Parlamentarier führen. Dazu kam noch der große parlamentarische Erfolg der SPD, welche von Wahl zu Wahl an Wählern und Mandaten gewann. Von Klassendiktatur der Bourgeoisie war von nun an keine Rede mehr, einer Revolution hatte man, ohne es auszusprechen, bereits eine Absage erteilt. Sebastian Haffner beschreibt diesen Prozess in seiner Darstellung der Novemberrevolution treffend:

„Niemand, nicht einmal die Revisionisten, sprachen es offen aus, aber in Wahrheit war die SPD [...] bereits eine parlamentarische Partei, keine revolutionäre mehr. Sie wollte den bestehenden Staat nicht mehr umstürzen, sie wollte, im Bündnis mit anderen parlamentarischen Parteien, mit den Liberalen, dem Zentrum, in ihn hineinwachsen. Die Massenkundgebungen und die roten Fahnen

4 W.I. Lenin, Staat und Revolution; in: LW 25, S.397

5 Kippenberger, H. (1971). *Der bewaffnete Aufstand: Versuch einer theoretischen Darstellung*. Europäische Verlagsanstalt., XXXIII

6 Für eine vertiefende Auseinandersetzung mit der II. Internationale und der Frage revolutionärer Gewalt siehe: ebd. Erstes Kapitel „Die II. Internationale und der Aufstand“, S.1-18

waren nur noch traditionelles Ritual. Das parlamentarische Spiel, der parlamentarische Ehrgeiz war die Wirklichkeit der Partei geworden.“⁷

Da nun die Möglichkeiten der Partizipation für die Sozialdemokratie im Reichsgefüge ausgebaut wurden, und die offene gewalttätige Repression runtergefahren wurde, hörten die Führer der deutschen Sozialdemokratie auf, von einer Klassendiktatur zu sprechen. Eine Diktatur, das war für sie lediglich eine Form der politischen Machtausübung, sie erkannten nicht, inwiefern auch durch demokratischere Strukturen die Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt wird. So kam Karl Kautsky zu dem Schluss, der „moderne demokratische Staat“ sei kein Klassenstaat mehr und müsse dementsprechend nicht mehr gestürzt werden:

„der moderne demokratische Staat unterscheidet sich dadurch von den früheren Arten von Staaten, dass diese Ausnutzung des Staatsapparats für die Zwecke ausbeutender Klassen nicht zu seinem Wesen gehört, nicht untrennbar mit ihm verknüpft ist. Im Gegenteil, der demokratische Staat ist seiner Anlage nach darauf eingerichtet, nicht das Organ einer Minderheit zu sein, wie es die bisherigen Staaten waren, sondern das Organ der Mehrheit der Bevölkerung, also der arbeitenden Klassen. Wird er das Organ einer ausbeutenden Klasse, so liegt das nicht an der Beschaffenheit des Staates [...]. Die Demokratie selbst bietet die Möglichkeit, diese Wurzeln der politischen Macht der großen Ausbeuter in der Demokratie zu vernichten“⁸

Das Predigen eines friedlichen Wegs zum Sozialismus ohne Blutvergießen, die Ablehnung revolutionärer Gewalt, war Produkt dieses falschen Staatsverständnisses, zeugte davon, dass die II. Internationale kein wirklich klares Verständnis vom Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat besaß. Die KPD brach in ihren Geburtsstunden bereits mit diesen Illusionen, sie erkannte unzweideutig den Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft und zog daraus praktische Schlussfolgerungen. Das auf dem Gründungsparteitag beschlossene Programm zeugte von diesem klaren Bewusstsein, in diesem hieß es:

„Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen [...] – sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spross der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger [...] – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnklaverei preisgeben. All dieser Widerstand muss Schritt um

7 Sebastian Haffner, Der Verrat, Verlag 1900 Berlin, S.12

8 Karl Kautsky, Die Materialistische Geschichtsauffassung, Bd. II, S.598f

Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muss die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden, den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse, den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen [...]

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muss sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.“⁹

Die Genossen der KPD waren sich bewusst, dass sich der bürgerliche Staat in jeder noch so scheinbar moderaten Form seinen Klassencharakter beibehalten muss. Dass der Kampf weiterhin im Bewusstsein einer Unversöhnlichkeit mit der bürgerlichen Staatlichkeit geführt werden müsse und von der gegnerischen Klasse unumgänglich in eine gewaltsame Auseinandersetzung verwandelt würde. Dass also der unmittelbare Kampf für die Diktatur des Proletariats letztlich der bewaffnete Kampf, der bewaffnete Aufstand der proletarischen Massen ist. Dieser muss von einer revolutionären Partei politisch und organisatorisch geführt werden. Ein solche Partei, welche sich die Aufgabe stellt, die Arbeiterklasse auf dem Weg der Revolution zu führen, muss sich dementsprechend auf die kommenden Aufstände gegen die Macht der Bourgeoisie vorbereiten. Dies ist letzten Endes die Trennlinie, welche die wirklichen Revolutionäre von denen scheidet, die von der Revolution sprechen, jedoch nicht bereit sind, die praktischen Schritte, die für ihre Durchführung notwendig sind, zu gehen. Lenin kommt daher zu dem Schluss, dass man „dem Marxismus, der Revolution nicht treu bleiben kann, wenn man nicht den Aufstand als eine Kunst betrachtet“ und ihn vorbereitet¹⁰.

2.1 Die sozialen und politischen Voraussetzungen des Aufstandes

W.I. Lenin und seine Genossen der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) mussten sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie würden, in putschistischem Stile, sich bei ihren Aufstandsplänen lediglich auf eine kleine Verschwörergruppe stützen – so wie es der französische Revolutionär August Blanqui¹¹ getan hatte. In einer Erwiderung an eben diese Kritiker arbeitete er die Voraussetzung des Aufstandes heraus, und was seine Theorie von denen der Putschisten unterscheidet:

„Damit er erfolgreich sei, darf der Aufstand sich nicht auf eine Verschwörung stützen, nicht auf eine Partei, sondern er muss sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies erstens. Der Aufstand muss sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen. Dies zweitens. Der Aufstand muss sich stützen auf einen

9 Kommunistische Partei Deutschlands (1918). *KPD: Programm*. Marxists.org.

<https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/programm.htm>

10 W.I. Lenin, *Marxismus und Aufstand*; in: LW 26, S.10

11 Für eine vertiefende Auseinandersetzung mit Blanqui, siehe: August Blanqui, *Instruktionen für den Aufstand*, Einleitung von Frank Deppe, S.5-48, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt

solchen Wendepunkt in der Geschichte der heranwachsenden Revolution, wo die Aktivität der Avantgarde des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution am größten sind. Dies drittens.“¹²

Aus diesem Ausschnitt wird ersichtlich, dass Lenin den Aufstand nie als einen isolierten, mit den anderen Momenten des Klassenkampfes nicht zusammenhängenden Akt betrachtete, den die kommunistische Avantgarde allein durchführen könnte. Er betonte stets, „dass die Revolution [und somit der bewaffnete Aufstand] unmöglich ist ohne revolutionäre Situation“, diese sei wiederum bestimmt durch objektive soziale und politische Kriterien. Zu diesen äußert sich Lenin ausführlich in seiner Broschüre „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ aus dem Jahre 1915, in dieser heißt es:

„Welches sind, allgemein gesprochen, die Anzeichen einer revolutionären Situation? Wir machen uns sicherlich keines Irrtums schuldig, wenn wir auf folgende drei Hauptmerkmale hinweisen: 1. Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrechtzuerhalten; diese oder jene Krise der ‚Spitzen‘, Krise der Politik der herrschenden Klasse, dadurch Erzeugung eines Risses, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen durchbricht. Für den Ausbruch einer Revolution genügt es gewöhnlich nicht, dass ‚die Unterschichten nicht mehr den Willen haben‘, sondern es ist auch noch erforderlich, dass ‚die Oberschichten nicht mehr die Fähigkeit haben‘, es in der alten Weise weiter zu treiben. 2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus. 3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen, die sich in einer ‚friedlichen‘ Epoche wohl ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten aber durch die Gesamtheit der Krisen Verhältnisse, ebenso aber auch durch die ‚Spitzen‘ selbst zu selbständigem historischen Auftreten angetrieben werden.“¹³

„Ohne diese objektiven Veränderungen“, so Lenin, „ist eine Revolution [...] unmöglich.“¹⁴ Wenn eben diese Bedingungen jedoch einmal gegeben sind, so begeht eine Partei, die es ablehnt, zur praktischen Vorbereitung des Aufstands überzugehen „Verrat am Marxismus und Verrat an der Revolution“.¹⁵

2.2 Die Kommunistische Partei und die Frage nach der Verantwortung für den Aufstand

„Aufstand – das ist ein sehr großes Wort. Die Aufforderung zum Aufstand ist eine äußerst ernste Aufforderung. Je komplizierter die Gesellschaftsordnung wird, je höher die Organisation der

12 W.I. Lenin, Marxismus und Aufstand; in: LW 26, S.4f

13 W.I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale; in: LW 21, S.206f

14 ebd.

15 W.I. Lenin, Marxismus und Aufstand; in: LW 26, S.5

Staatsmacht und je vollkommener die Militärtechnik ist, desto unzulässiger ist es, eine solche Losung leichtsinnig auszugeben.“ – W.I. Lenin¹⁶

Im Falle einer revolutionären Situation kommt der Kommunistischen Partei die Aufgabe zu, die Volksmassen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. In diesem revolutionären Prozess stellt der bewaffnete Aufstand die höchste Form des politischen Kampfes dar, der Partei kommt, insbesondere auf diesem Gebiet, eine gesteigerte Aufgabe zu. Sie muss imstande sein, basierend auf einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, die sich in Entwicklung befindende revolutionäre Situation rechtzeitig zu erkennen und dementsprechend in der gesamten Arbeit der Partei auf die unmittelbare Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes Kurs zu nehmen. Friedrich Engels weist darauf hin, dass man „nie mit dem Aufstand spielen“ dürfe. Seine Propagierung als unmittelbare Aufgabe darf unter keinen Umständen auf die leichte Schulter genommen werden. W.I. Lenin bestärkt, dass das militärische Losschlagen der Avantgarde, ohne die breite Unterstützung der Klasse gesichert zu haben, „nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen“ sei¹⁷. Dies ist der Wesenskern des Fallstricks des linken Radikalismus in Bezug auf militärische Fragen. Der Aufstand wird *rein technisch*, nicht jedoch in erster Linie *politisch* vorbereitet, der Zeitpunkt von Grund auf falsch, das heißt verfrüht, bestimmt. Die rechten Opportunisten hingegen verpassen den Zeitpunkt des Aufstandes, finden immer wieder Gründe, um sein Eintreten zu verschieben und lassen revolutionäre Aufschwünge tatenlos vergehen.

H. Kippenberger bestimmt die Aufgabe der Partei in Bezug auf die Bestimmung des Aufstands auf präzise Weise, er schreibt:

„Aufgabe der Partei ist es, die Massen zum Aufstand in dem Moment aufzurufen, wo sowohl die örtliche als auch die allgemeine Situation einen siegreichen Aufstand am stärksten begünstigt, wenn das Kräfteverhältnis sich zugunsten der Revolution gestaltet hat, wenn die Hoffnung besteht, die Macht, falls auch nicht gleich im ganzen Lande, so doch wenigstens in einem einzelnen Zentrum zu erobern, das zur Basis werden kann für die weitere Entwicklung der Revolution.“¹⁸

Die Bestimmung des Zeitpunkts muss auf einer sorgfältigen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse basieren, da die Partei, wenn die Massen auf den Aufruf der Partei hin den bewaffneten Kampf aufnehmen, vor dem Proletariat die Verantwortung für die richtige Wahl des Moments des Aufstands und für die Führung des Kampfes trägt. Sie muss höchste Sorgfalt gelten lassen, wenn sie ihrerseits die Parole des Aufstandes ausgibt, und die Klasse, auf den Aufruf der Partei hin, zu den Waffen greift.

3 Das Krisenjahr 1923 und die Lage in der Weimarer Republik

„Kein Volk der Welt hat etwas erlebt, was dem deutschen ‚1923‘-Erlebnis entspricht“ – Sebastian Haffner¹⁹

16 W.I. Lenin, Das letzte Wort der ‚iskristischen‘ Taktik; in: LW 9, S.367

17 W.I. Lenin, Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus; in: LW 31, S.80

18 H. Kippenberger, Der bewaffnete Aufstand, S.40

19 Haffner, S. (2000). *Geschichte eines Deutschen: Die Erinnerungen 1914-1933* (O. Pretzel, Trans.). Deutsche Verlags-Anstalt, S.53

Am 11. Januar 1923 setzten sich französische und belgische Militärkolonnen in Richtung Osten in Bewegung. Es marschierten fünf französische und eine belgische Division – insgesamt 60.000 Soldaten, mit Kavallerie und Artillerie, mit Panzern und Kampfflugzeugen – in das Ruhrgebiet ein und besetzten es. Die Bevölkerung wurde mit Ausgangssperren und anderen Schikanen drangsaliert, alle Arten von Kundgebungen und öffentlichen Willensäußerungen verfielen dem Verbot. Als Anlass für die Besetzung wurde von der französischen Regierung ein Rückstand bei der Lieferung von Holz und Kohle als Reparationsleistungen gemäß dem Versailler Vertrages genannt. Die Besatzertruppen sollten die Kontrolle über die Kohlevorkommen gewinnen und sicherstellen, dass Deutschland seinen Lieferverpflichtungen nachkam.²⁰

Die Besetzung des Ruhrgebietes hatte Deutschland der hauptsächlichsten, lebenswichtigsten Grundlagen seiner Wirtschaft beraubt. Die Industrieproduktion ging im Vergleich zu 1913 auf 48 Prozent zurück; die Steinkohlenförderung verringerte sich um mehr als die Hälfte auf 62,3 Millionen Tonnen, die Roheisenerzeugung sank von 9,1 Millionen Tonnen auf 4,9 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung von 11,2 Millionen Tonnen auf 6,2 Millionen Tonnen.²¹ Es rächte sich in diesen Tagen auch die Art der Kriegsführung im ersten Weltkrieg durch die Reichsregierung. Dieser Krieg wurde überwiegend durch inländische Anleihen finanziert, und da man felsenfest davon überzeugt war, den Krieg zu gewinnen, hatte sich die Reichsführung auch nicht allzu viel Gedanken darüber gemacht, wie man diese dadurch entstehenden Schulden rückzahlen würde. Ein deutsches Reich, dem ganz Europa untertan wäre, hätte freilich keine finanziellen Probleme, so der Gedanke. So kam es dazu, dass bei Kriegsende die Gesamtverschuldung des Reiches sich auf 156 Milliarden Mark belief. „Das alte Regime hat diesen Krieg geführt wie ein verzweifelt Hazardspiel, bei dem alles auf eine Karte gesetzt wurde“, bemerkte der Wirtschaftsjournalist Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ Ende Dezember 1918. Dieses Risikoreiche Manöver war nicht aufgegangen und trug maßgeblich zur Entwicklung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands im Jahre 1923 bei.

Es brach nun über die deutsche Industrie und die gesamte Volkswirtschaft des Landes eine schwere Wirtschaftskrise herein. Die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft wurde gekennzeichnet durch folgende Momente des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens: das Erliegen der Industrie und die Zunahme der Arbeitslosigkeit, den Zusammenbruch der Staatsfinanzen und die Geldentwertung. Während die Staatsschuld im August 1923 1.666.677 Milliarden Mark betrug, liefen die Staatseinnahmen im November nur auf 12,3 Millionen Goldmark hinaus. Der Deckungssatz der Staatsausgaben durch Einnahmen betrug lediglich 1,8 Prozent. Die Deckung dieser Staatsausgaben erfolgte zu großem Teil durch neue stetige Papiergeldemissionen, d.h. Inflationssteuer. Der Prozess der Entwertung der Goldmark schritt mit schwindelerregendem Tempo voran, es schlug eine „Hyperinflation“ ein.²² Zu Beginn des Oktobers 1923 war ein amerikanischer Dollar das Äquivalent von 4

20 Für eine detaillierte Darstellung der Genese der Ruhrkrise siehe: Heinz Köller, Kampfbündnis an der Seine Ruhr und Spree: Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923, Kapitel I. Die ökonomischen und politischen Ursachen der Ruhrbesetzung, S.9-41; sowie Volker Ullrich, Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund, Kapitel I. Ruhrbesetzung und Ruhrkampf, S.15-71

21 Diese Zahlen ergeben sich aus dem Vergleich der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich; Überblick in: Siegfried Vietzke, Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, S.304

22 Wie viel Mark bekommt man für einen Dollar? (im Monatsdurchschnitt)

Januar 1919 = 8.9 Mark

Januar 1921 = 64.9 Mark

Milliarden Mark, zum Ende des Monats tauschten sich bereits 75 Milliarden Mark gegen einen Dollar.

Dieser Bankrott der deutschen Volkswirtschaft zog unmittelbar die äußerste Verelendung der Arbeiterklasse mit sich. Im letzten Quartal des Jahres 2023 war die Hälfte der Arbeiterklasse erwerbslos. Der Beitrag der wöchentlichen staatlichen Erwerbslosenunterstützung reichte lediglich für einen Liter Milch oder ein Pfund Brot. Mit der Monatspension eines Renters konnte man sich gerade so ein Exemplar einer Zeitung oder eine Schachtel Streichhölzer kaufen. Den noch im Betrieb stehenden Arbeitern ging es nicht besser, ihr Lohn hatte praktisch seinen Wert verloren in dem Moment, in dem er ausgezahlt wurde. In seiner Abhandlung zur Weimarer Republik beschreibt Wolfgang Ruge dies mit den folgenden Worten: „Arbeiter schleppte ihren Wochenverdienst, der früher in einer schmalen Lohntüte Platz gehabt hatte, in Rucksäcken und Wäschekörben nach Hause und konnten, wenn sie ihr Geld nicht gleich ausgaben, kaum soviel Kohlen kaufen, wie die Scheine wogen, die sie dafür zu entrichten hatten.“²³ Besonders Elend waren die zahlreichen Kriegsversehrten ausgesetzt. „An jeder Ecke standen die Opfer des verlorenen Krieges. Zerlumpt und auf Krücken oder ohne Beine auf der Erde hockend, hielten sie ihre alten, zerschlissenen Soldatenmützen auf“, erinnerte sich die Berliner Kabarettistin und Schauspielerinnen Trude Hesterberg.²⁴ Dieses sich in der deutschen Gesellschaft breitmachende allgemeine Elend kontrastierte scharf mit dem Luxus und der Vergnügungsgier der deutschen industriellen Großunternehmer, die als „Inflationsgewinner“ das Jahr 1923 gänzlich anders erlebten. Exemplarisch für die zugespitzten sozialen Gegensätze in der Republik in dieser Zeit sind Berichte von der Gegend um den Bahnhof Zoo, dem Vergnügungsviertel des Berliner Westens: „In Spitzen- und Seidenkleidern, pelzbesetzten Ballmänteln und im Smoking saß das Amüsierpublikum zwischen den müden Reisenden, die nicht genug Geld hatten, um die Nacht in einem Hotelbett zu verbringen und die hier auf ihren ersten Zug warteten. [...] Während man unter den Stadtbahnbögen weitertobte, standen draußen auf der Straße die Kriegskrüppel und boten Streichhölzer oder Schnürsenkel an. Armselige Winkeldirnen strichen herum, die selbst um die Preisgabe ihres Körpers damals nicht den Unterhalt für den nächsten Tag erschwingen konnten“, berichtete der Journalist Hans Ostwald.²⁵ Dieser Anblick wohlgenährter, sorgloser und in schmuckgekleideter „Inflationsgewinner“, die es sich bei Champagnerpartys in ausgewählten Kneipen gut gehen lassen liessen, löste bei ordinären Bürgern, die nach einem Tag voller Arbeit oft nicht mehr als, wenn überhaupt, eine wässrige Suppe und ein trockenes Stück Brot auf dem Tisch erwartete, Wut und Hass aus.

Ausgelöst durch diese Umstände, herrschte in der Mitte des Jahres 1923 ein allgemeines Unbehagen darüber, was die Zukunft bringen würde. Niemand betrachtete seine eigene Existenz wirklich als gesichert und es festigte sich die Einsicht, dass dies die Schuld der

Januar 1922 = 191.8 Mark

Januar 1923 = 17 972.0 Mark

Juli 1923 = 353 412.0 Mark

August 1923 = 4 620 455.0 Mark

September 1923 = 98 860 000.0 Mark

Oktober 1923 = 25 260 208 000.0 Mark

15. Nov 1923 = 4 200 000 000 000.0 Mark

(Zahlen nach: Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, S.98)

23 Wolfgang Ruge, Weimar: Republik auf Zeit, S.111

24 Trude Hesterberg, Was ich noch sagen wollte ... Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1971, S.89

25 Hans Ostwald, Sittengeschichte der Inflation, S.126

eigenen Regierung sei. In den „Berliner Plauderbriefen“ des Theaterkritikers Alfred Kerr hieß es noch ein Jahr zuvor: „Allenthalben wirft man ja eine besorgte Pupille auf das, was die Zukunft an höchst Unerwartetem noch bringen kann. Ein gewisser Lawinencharakter im Abrollen der Entwicklung lässt sich nicht länger verheimlichen.“²⁶ Dieser „Lawinencharakter“ der gesellschaftlichen Entwicklung war nun keine abstrakte Prognose mehr, sondern konkrete Wirklichkeit, die Lawine des Zusammenbruchs der bürgerlichen Ordnung und der revolutionären Gärung war ins Rollen gekommen und schien unaufhaltbar. So konstatiert Osip K. Flechtheim zutreffend, dass die Inflationskrise 1923 „die wohl tiefste Erschütterung des sozialen Gefüges Nachkriegsdeutschlands dar[stellt]. Die ganze Gesellschaft war bis auf ihre Fundamente aufgewühlt; fast alle Schichten verloren Glauben an die bestehende Ordnung.“²⁷

Die Ruhrbesetzung und die Inflationskrise, wurde von der deutschen Bourgeoisie hingegen genutzt, um eine extrem nationalistische Hetze zu entfesseln. Verschleiert werden sollte der Klassengegensatz, der das deutsche Volk spaltete, gegeneinander aufgehetzt werden das deutsche und französische Proletariat. Ganz in diesem Sinne verkündete Reichskanzler Cuno am 13. Januar 1923 im Deutschen Reichstag die Schaffung einer „Einheitsfront aller Deutschen“. Wie schon 1914 konnte die deutsche Bourgeoisie bei dieser Burgfriedenspolitik auf die aktive Unterstützung durch die SPD-Führung zählen. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert erklärte am 12. Februar 1923:

„In diesen Tagen, wo fremde Gewalt in unser Land hineingebrochen ist, muss alles zurücktreten, was an Weltanschauung und politischer Ansicht uns trennt.“²⁸

Das tatsächliche Agieren der herrschenden Klassen Deutschlands und Frankreichs, beweist allerdings eindeutig, dass die bürgerliche Klassensolidarität die nationalen Gegensätze überwog. Wenn es gegen die Arbeiterschaft ging, erkannten sie ihre Interessenüberschneidung. Als es im Mai 1923 zu einem machtvollen Streik von 400 000 Berg- und Hüttenarbeitern im Ruhrgebiet kam, wandte sich ein deutscher Regierungsvertreter an den Oberkommandierenden der französischen Besatzungstruppen mit der Bitte, zur Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter Polizei einmarschieren zu lassen. Wörtlich hieß es in dem Schreiben:

„Angesichts solcher Gefahr [gemeint sind die erstarkenden Klassenkämpfe] weise ich auf die schwere Verantwortung hin, die das französische Oberkommando in der Duldung anarchistischer Zustände auf sich lädt. Wenn es selbst nichts dagegen unternimmt, so ist es seine Pflicht, doch wenigstens den deutschen Behörden in der Erfüllung ihrer Pflicht freie Hand zu lassen [...] Aus diesem Anlass muss ich daran erinnern, dass damals bei dem Kommuneaufstand das deutsche Oberkommando den französischen Behörden jedes Entgegenkommen zum Zwecke der Niederwerfung des Aufstandes in

26 Alfred Kerr, Berlin wird Berlin. Briefe aus der Reichshauptstadt 1897-1922, Bd.4: 1917-1922, S.44

27 Osip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik S.139

28 Günter Hortschansky: Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923, S.120

verständnisvollster Weise gezeigt hat. Das gleiche muss ich auch hier fordern [...].“²⁹

Die KPD war es, die diese Machenschaften der deutschen Bourgeoisie entlarvte³⁰ und ihr konsequent den Kampf ansagte. Der von der Reichsregierung propagierten und von der SPD-Führung mitgetragenen „Einheitsfront aller Deutschen“, welche das Aufgeben eines proletarischen Klassenstandpunktes bedeutete, setzte sie den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse entgegen. Sie orientierte auf die selbstständige Aktion der Arbeiterklasse gegen deutsche Monopolkapitalisten sowie französische Besatzertruppen. In einem Aufruf der KPD vom 9. Januar, also kurz vor der Besetzung des Ruhrgebiets, hieß es bereits: „Die Arbeiterschaft muss den Herrschaften nach beiden Seiten hin einen Strich durch die Rechnung machen. Sie denkt ebenso wenig daran, sich für die höheren Profite der Stinnes und Konsortien die Knochen zerschlagen zu lassen, wie sie daran denkt, die Raub- und Ausbeutungspläne des französischen Imperialismus [...] ohne die schärfste Gegenwehr hinzunehmen.“³¹ Die von der KPD herausgegebene Losung „Schlägt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“ war die konsequente Schlussfolgerung dieses Zweifrontenkampfes³² der Partei. Um für diesen Kampf eine größtmögliche Schlagkraft zu entfalten, entwickelten die KPD und die KPF ein enges Bündnis. Es war der praktische Ausdruck der kraftvollen Solidarität der deutschen und französischen Arbeiterklasse. So betonte die KPD als sie am 13. Januar im Reichstag zur Okkupation Stellung nahm, die Einheit der Werktätigen Frankreichs und Deutschlands. Ihr Sprecher sagte: „Wir fühlen uns in dieser Stunde als Brüder unserer französischen Klassengenossen, des französischen Proletariats“³³ Und der Delegierte der Kommunistischen Partei KPF erklärte auf dem Leipziger Parteitag der KPD unter Beifall der Delegierten: „Die französischen Genossen legen den größten Wert auf ein festes Bündnis mit der deutschen Kommunistischen Partei.“³⁴

3.1 Die KPD, Vorhut der Arbeiterklasse

„Die Luft ist mit Elektrizität geladen. Ein Funke genügt, und die Explosion ist da.“ - Germania - Zeitung für das deutsche Volk, 27. Juli 1923

Die alles erschütternde Wirtschaftskrise des Landes zog die politische Krise, einen revolutionären Aufschwung unter den werktätigen Massen, nach sich. Erste Erfolge erzielte das deutsche Proletariat unter Führung der KPD durch die sogenannten „Cuno-Streiks“, eine Streikwelle im August 1923, die sich den Sturz der Regierung Cuno zum Ziel setzte und dies auch erfolgreich erkämpfen konnte. Die KPD, welche in allen Kämpfen der Klasse an vorderster Front gestanden hatte, ob in den Barrikadenkämpfen in Berlin Januar 1919, der Erhebung der Roten Ruhrarmee 1920 oder in den Märzkämpfen 1921, konnte ihren Einfluss unter den Massen in dem Krisenjahr 1923 rasch steigern. Denn sie war „[d]ie einzige Partei, die in dieser Situation eine den Interessen des deutschen Volkes entsprechende Politik zu

29 Ebd., S.202

30 „Die Kapitalisten und Militaristen aller Länder haben, wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterschaft geht, wahrlich nur alle zusammen ein Vaterland.“; in: Rote Fahne, 8. Juni 1923

31 Die Rote Fahne, 9. Januar 1923

32 „In dieser Situation muss das Proletariat wissen“, so hieß es in einem Aufruf der KPD vom 22. Januar, „dass es nach zwei Seiten zu kämpfen hat.“ Die Rote Fahne, 23 Januar 1923

33 Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920, Stenographische Berichte, Bd. 357, S.9429

34 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD, S.388

entwickeln vermochte³⁵. Sie wurde dadurch „zum Sammelbecken aller Unzufriedenen“³⁶. Ein grobes Gefühl für den Grad an Vertrauen, dass die Werktätigen Deutschlands in die KPD hatten, erlangt man durch die Wahlerfolge dieser.³⁷ Die KPD erhielt bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz im Juli 1923 11.000 Stimmen gegen 12.000 für die SPD. Bei den sächsischen Landtagswahlen im November 1922 hatte die KPD 267.000 Stimmen erhalten, bei den Gemeindewahlen am 11. Januar 1924 erzielte sie 378.000, das waren 16,5 Prozent aller Stimmen. Bei den Thüringer Landtagswahlen am 10. Februar 1924 stiegen die KPD-Stimmen um 87.000 auf 160.000. Noch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924, als die revolutionäre Welle längst vorüber war, war das Verhältnis der kommunistischen zu den sozialdemokratischen Stimmen 4 zu 6³⁸. Durch den Anschluss des linken Flügels der USPD an die KPD 1920 hatte sich auch die Gewerkschaftsopposition unter kommunistischer Führung zu einer politisch und zahlenmäßig enorm starken Kraft entwickelt, sodass die KPD „bis 1923 auf dem besten Wege war, die Mehrheit in den ADGB-Gewerkschaften zu erobern.“³⁹

4 Die Revolutionspläne des EKKI für einen „deutschen Oktober“

„Die Krise in Deutschland reift sehr schnell heran. Es beginnt ein neues Kapitel der deutschen Revolution. Es wird uns bald vor grandiose Aufgaben stellen [...] Es naht die Zeit riesiger Ereignisse in Deutschland. Es naht die Zeit, wo wir Entscheidungen von welthistorischer Bedeutung treffen müssen.“ - Sinowjew an Stalin, 31. Juli 1923⁴⁰

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) widmete sich der zuspitzenden deutschen Krise mit höchster Priorität. Einerseits sollte eine proletarische Revolution in Deutschland „Sowjetrußland endgültig zum Siege verhelfen auf dem Felde des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues“, so die Formulierung Sinowjews⁴¹. Andererseits sollte die deutsche Revolution zu einer gesamteuropäischen Krise führen, in der sich die Kommunistischen Parteien beweisen würden. Voller Euphorie für die deutsche Revolution, erwartete man, dass als Folge dieser „in einem Jahr ganz Europa kommunistisch sein wird“, so die Worte Sinowjews.⁴² J.W. Stalin bezeichnete die „kommende Revolution in Deutschland“, als das „wichtigste Weltereignis unserer Tage“. „Der Sieg des deutschen Proletariats“, so Stalin, „wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen“⁴³.

35 Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918-1945), Militärverlag der DDR, 1987, S.112

36 Osip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S.140

37 Zu dieser Zeit waren die meisten Wahlen in der Republik ausgesetzt worden, daher muss man auf die Wahlergebnisse kurz vorher und kurzer nachher zurückgreifen und dabei beachten, dass die Stärke der KPD zwischendurch 1923 noch stärker war.

38 Zahlen nach: Rosenberg, Arthur: „Geschichte der deutschen Republik.“ Karlsbad, 1935. S.159 und Osip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S.142

39 *Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26.* (n.d.). Verlag der Kommunistischen Internationale, S.754

40 (Bayerlein, B. H., Babicenko, L. G., Firsov, F. I., & Vatlin, A. J. (Eds.). (2003). *Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern* (T. Timofeeva, Trans.; 1st ed.). Aufbau Verlag, S.38f

41 ebd., S.39

42 ebd., S.36

43 ebd., S.43

Der Wichtigkeit der deutschen Frage Rechnung tragend, beschloss das Politbüro der RKP (B) am 22. August 1923 die Orientierung auf die Revolution in Deutschland und die Einleitung konkreter Maßnahmen, um dieser zum Sieg zu verhelfen. „Aufgrund der im ZK vorhandenen Materialien“, lautete der Beschluss, „ist das ZK zur Einschätzung gelangt, dass das deutsche Proletariat unmittelbar vor entscheidenden Kämpfen um die Macht steht.“⁴⁴ Ab diesem Zeitpunkt sollte nicht nur die KPD und das EKKI, sondern die gesamte Kommunistische Internationale sich auf dieses Ziel orientieren. Auf einer gemeinsamen Beratung mit Vertretern der Zentrale der KPD in Moskau legte das EKKI fest, alle Aufstandsplanungen zur Orientierung auf den 9. November auszurichten – den symbolträchtigen fünften Jahrestag der Ausrufung der ersten deutschen Republik. Ergänzt wurde noch, „[...] dass der vorgesehene Zeitpunkt der entscheidenden Aktion selbstverständlich nur orientierungsweise gilt und dass letztendlich die KP Deutschlands die Frage vor Ort zu entscheiden hat“⁴⁵. Zur Straffung der Aufstandsvorbereitungen beschloss das Politbüro der KPD am 28. August 1923 die Schaffung eines „mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten“ zentralen Revolutionskomitees. Damit nahm es den Ausbau bisher nur eher formal existierenden illegalen Apparats in Angriff. Zeitgleich beschloss das Politbüro der RKP (B) die Bereitstellung erheblicher finanzieller und militärischer Mittel für die Durchführung der Revolution in Deutschland. O. Pjatnickij wurde beauftragt, die Finanzierung der KPD zu verstärken. „Zur Vorbereitung und Durchführung des politischen Kampfes um die Macht“ wurde dem ZK der KPD ein spezieller Fonds von 400 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Die Situation in der Weimarer Republik und die Lage der KPD nach dem Sturz der Cuno-Regierung erläuternd, schrieb Heinrich Brandler in einem Brief an das EKKI: „Durch den Generalstreik ist jetzt eine psychologische Einstellung nicht nur unserer Parteigenossen, sondern der breiten Arbeiterschichten geschaffen worden, die es möglich macht, Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, von denen wir bislang nur tauben Ohren predigen konnten, zu treffen.“⁴⁶ Ernst Thälmann teilte diese Einschätzung, so stellte er später fest: „Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkriegs durch Deutschland.“⁴⁷

4.1 Das EKKI über Einheitsfront und Arbeiterregierung: Sprungbrett auf dem Wege zur proletarischen Diktatur

Aufgabe der KPD war es nun, in dieser unmittelbar revolutionären Situation, die breiten Massen der Werktätigen für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen. Stufenweise sollten sie daraufhin an die Losung des bewaffneten Aufstands, als höchste Kampfform des Proletariats, herangeführt werden. Beginnen sollte die KPD mit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Ziel war es hierbei, dass die Massen sich „mit jedem Tage mehr davon überzeugen, wie recht die kommunistische Vorhut hatte, als sie in der schwierigsten Zeit die Waffen nicht strecken wollte und hartnäckig die Wertlosigkeit der vorgeschlagenen Anwendung reformistischer Heilmittel angesichts einer Krise betonte, die nur durch die proletarische Revolution gelöst werden kann.“⁴⁸ Der Verlauf gemeinsam begonnener

44 Das Politbüro der RKP(B): Beschluss zur Orientierung auf die Revolution in Deutschland und zur Einleitung konkreter Maßnahmen; in: ebd., S.130

45 Beschluss des Politbüros der RKP(B) zur Festsetzung des Revolutionstermins und Instruktionen an die Delegation nach Deutschland; in: ebd., S.195f

46 Heinrich Brandler: Brief an die Exekutive der Komintern über die Situation in Deutschland und die Lage in der KPD; in: ebd., S. 136

47 Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.1, S.256

48 Die proletarische Einheitsfront, Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1922. S.16

Initiativen, Proteste etc. sollte beweisen, dass die sozialdemokratischen Führer nicht bereit sind, die Interessen der Arbeiterklasse bis zur letzten Konsequenz zu vertreten, da sie den Kompromiss mit den Herrschenden immer einer Revolution vorziehen würden. Es ging um die Desavouierung, das Bloßstellen in der Öffentlichkeit, der reformistischen-sozialdemokratischen Führer in der Aktion. Sobald dies erfolgreich durchgeführt wurde, sollte die Orientierung auf Arbeiterregierungen umgestellt werden. Also dann, wenn die revolutionäre Krise ein starkes Ausmaß angenommen hat und die Kommunisten ihren Einfluss unter den Massen festigen konnten, dann wenn „das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt.“⁴⁹ Unter Arbeiterregierungen wurden Regierungen von Kommunisten mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien oder Organisationen verstanden, also solche, die eine große Basis in der Arbeiterklasse besaßen und in der gegebenen Situation bereit waren, für die Tagesinteressen dieser zu kämpfen. Eine solche Arbeiterregierung sollte jedoch nicht in „ruhigen“ Zeiten des Klassenkampfes gebildet werden, sondern nur in solch einer Lage, in der die revolutionäre Krise so zugespitzt ist, dass im nächsten Moment bereits aus der Arbeiterregierung der Kampf um die Diktatur des Proletariats entspringt. Der Konzeption der Arbeiterregierung des EKKI lag also kein Verständnis von dem Übergang zum Sozialismus als schrittweisen, langfristigen und etappenartigen Prozess zugrunde, in dem man sich über längeren Zeitraum auf Landesebene im bürgerlichen Staat einnisten würde. Es ging stattdessen um ein taktisches Manöver, durch das in einer unmittelbar revolutionären Situation das militärische Kräfteverhältnis zugunsten der Kommunisten verschoben werden sollte. Daher dürften die Kommunisten nur mit ganz klaren Forderungen und Zielsetzungen solch eine Regierung bilden. „Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung“, so das EKKI, „müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen [und] die bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen [...]“⁵⁰

Während der unmittelbaren revolutionären Situation in der Weimarer Republik müsse man dementsprechend, so schrieb Sinowjew im Namen des EKKI in einem Brief an die Führung der KPD, „jede Position, die unmittelbar nutzen kann, sofort [...] besetzen“. Daher, so die Schlussfolgerung, müsse man „die Frage unseres [der KPD] Eintretens in die sächsische Regierung praktisch stellen“. Es ginge hierbei um die „sofortige Bewaffnung von 50 bis 60.000“ Arbeitern.⁵¹ Karl Radek erläuterte den Plan für die deutsche Revolution, mit explizitem Hinblick auf die Rolle, die den Arbeiterregierungen zukommen sollte: „Das Proletariat marschiert auf in Sachsen, aus der Verteidigung der Arbeiterregierung heraus, in die wir eintreten; und es wird in Sachsen versuchen, die Staatsgewalt auszunutzen, um sich zu bewaffnen und in diesem engmaschigen proletarischen Bezirk Mitteldeutschlands einen Wall zu bilden zwischen der Südkonterrevolution in Bayern und dem Nordfaschismus. Gleichzeitig wird die Partei im ganzen Reiche eingreifen, die Massen mobilisieren.“⁵² Es wurde also von vornherein mit dem militärischen Angriff auf die Regierungen gerechnet. In den „Thesen über die Taktik der KI“ heißt es auch: „Es ist selbstverständlich, dass die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die

49 Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale, These 11: Die Arbeiterregierung; online: <https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/komintern-1/weltkongress-4/1-thesen-ueber-die-taktik-der-ki>

50 Ebenda.

51 Grigori Sinowjew: Instruktion an die Zentrale der KPD zum Eintritt in die sächsische Landesregierung; in: Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, S.187

52 Brauns, N. (16. März 2013). *Sachsen als Schlüssel*. junge Welt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/198170.sachsen-als-schl%C3%BCssel.html>

revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muss. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen.“⁵³ Die militärische Verteidigung der Arbeiterregierungen durch die Arbeiterschaft, verbunden mit der Losung des Generalstreiks, sollte als Zündfunke für eine gesamtdeutsche Revolution dienen, indem insbesondere die wirtschaftlichen und politischen Zentren ergriffen werden, bis der Kampf um die Macht ultimativ in Berlin entschieden werden würde. „Den Nordbezirken“, hält H. Jentsch in seinem Artikel zum ‚Deutschen Oktober‘ fest, „kam dabei die Aufgabe zu, Kämpfe mit dem Ziel zu beginnen, Teile der Reichswehr zu binden. Hamburg spielte in dieser Gesamtplanung also lediglich eine Nebenrolle: Ein dort durchgeführter Aufstand war maximal vorgesehen als Ablenkungsmanöver, keinesfalls sollte er das Signal für den allgemeinen Aufstand sein“.⁵⁴ Die kommunistischen Führer, die nach den Weisungen des EKKI handelten, machten sich keine Illusionen in die Möglichkeit eines friedlichen Bestehens einer solchen Arbeiterregierung, sondern als unmittelbare Vorbereitungsmaßnahme für den bewaffneten Aufstand, die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse. Sie betrachteten es als den größten Fehler, würde man diesen kurzzeitigen taktischen Zwischenschritt, welche die Arbeiterregierungen darstellen, mit der Diktatur des Proletariats, dem kommunistischen Endziel, gleichsetzen. „Die Besetzung einzelner Regierungsposten mit Arbeiterführern“, erläuterte Clara Zetkin in diesem Sinne, „ist keineswegs gleichbedeutend mit Eroberung politischer Macht durch das Proletariat. [...] Die bürgerliche Staatsmaschinerie entspricht ihrem Wesen nach den Herrschaftszwecken der besitzenden und ausbeutenden Klassen. Sie ist untauglich für die Befreiungsziele des Proletariats. Ihr Charakter ändert sich nicht dadurch, dass eine andere Klasse den Apparat in die Hand nimmt und funktionieren lässt.“⁵⁵

4.2 Der 8. Parteitag der KPD und die Linienkämpfe in der Partei

Solche eine Klarheit über die Rolle der Arbeiterregierungen auf dem Wege zum Sturze der Bourgeoisie, wie es die im Einklang mit der EKKI handelnden Teile der Partei hatten, besaß jedoch nicht die gesamte Partei. Es zeigte sich, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl führender Funktionäre der KPD nicht imstande war, die unmittelbaren Aufgaben des Klassenkampfes zu erfassen. Im Zusammenhang mit der Festlegung auf die Taktik der Arbeiterregierung entwickelten sich in der Partei ernsthafte Illusionen in den bürgerlichen Staat und die Annahme, man könne diesen von innen aushöhlen. So entfachten auf dem 8. Parteitag der KPD, der vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 tagte, heftige Diskussionen über Aufgaben und Rolle der Arbeiterregierung⁵⁶. In dieser Diskussion mussten die marxistisch-leninistischen Kräfte gegen eine rechtsopportunistische Strömung um Brandler und Thalheimer, sowie ultralinke Kräfte um Ruth Fischer und Arkadi Maslow auftreten und um eine dem revolutionären Zweck entsprechende Konzeption der Arbeiterregierung ringen. Ernst Thälmann erwiderte Brandler und Thalheimer, die Illusionen in einen friedlichen, allmählichen Übergang in den Sozialismus schürten: „[D]ie Arbeiterregierung [kann] ein

53 ebd.

54 Harald Jentsch; Die KPD 1919-1924, Teil II: Der „deutsche Oktober“ 1923:

<http://zme-net.de/article/3382.die-kpd-1919-bis-1924.html>

55 Clara Zetkin: Über die Arbeiterregierung; online:

<https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/zetkin/zetkin-kommunistische-taktik/clara-zetkin-die-arbeiterregierung>

56 Für einen Überblick der Diskussion in der KPD zu dieser Thematik, siehe: „Die Diskussion der KPD über Einheitsfront und Arbeiterregierung“; in: Harald Wolf; (Nicht)Regieren ist auch keine Lösung; online:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Wolf_Nicht_Regieren.pdf

Mittel zur Macht werden [...] aber der Arbeiterschaft muss klargemacht werden, welche Vorbedingungen notwendig sind, um in die Arbeiterregierung einzutreten. Der Eintritt in die Arbeiterregierung bedeutet für mich, dass zum mindesten ein Ansatz vorhanden sein muss, von dem aus die Macht der Bourgeoisie zertrümmert werden kann [...].⁵⁷ Walter Ulbricht trat auf dem Parteitag gegen die Ultralinken auf, welche jegliche Kompromisse und Zwischenschritte zur Errichtung der proletarischen Macht ablehnten, und betonte, dass sich der Kampf um den Sozialismus nicht „[s]o mechanisch, so gradlinig und einheitlich“ gestalten wird.⁵⁸ Trotz des energischen Kampfes solch revolutionärer Arbeiterführer, gelang es der Gruppe um Brandler und Thalheimer, in einzelne Abschnitte der, vom Parteitag beschlossenen, „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“ ihre falschen Ansichten hineinzubringen. Die Beteiligung an Arbeiterregierungen durch die KPD sei nach den Leitsätzen, „kein Trick oder taktisches Manöver“, sondern der Versuch, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, [...] Arbeiterpolitik zu treiben.“⁵⁹ Dieser fehlerhaften Konzeption der Arbeiterregierung entsprechend entwickelte sich die Praxis in der Folgezeit, welche nicht den Ansprüchen des EKKI an solche entsprach. Die Probleme bei der Aneignung des Leninismus durch die KPD offenbarten sich hier und sollten ihr noch zum Verhängnis werden.

4.3 Die Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen – ordinäre Minister statt revolutionäre Klassenkämpfer

Nachdem die Landtagswahlen in Sachsen eine Mehrheit für SPD und KPD ergeben hatten, entschied sich die sächsische SPD - gegen den Widerstand der Berliner Parteispitze - am 4. März 1923 tatsächlich in Koalitionsverhandlungen mit der KPD zu treten.⁶⁰ Nur angesichts der immer offeneren Drohungen der bayerischen Rechten mit einem Einmarsch in das rote Mitteldeutschland war die Regierung um den sächsischen Ministerpräsidenten Erich Ziegner bereit, gemeinsam mit der KPD ein Kabinett der „republikanischen und proletarischen Verteidigung“ zu bilden. So traten zu Beginn des Oktobers 1923 kommunistische Minister in die sächsische und thüringische Regierung ein.⁶¹ Die Aufgabe, die den kommunistischen Ministern vom EKKI zugewiesen wurde, war es, ihre Positionen für die Bewaffnung der „proletarischen Hundertschaften“ zu nutzen, sowie die Entwaffnung der

57 Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.1, Berlin 1955, S.63

58 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, S.356

59 Zentrale der KPD: Bericht über den 3. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin, 1923, S. 415-434.

60 Am 4. März 1923 lehnte ein sächsischer Landesparteitag eine vom Landesausschuss eingebrachte Resolution, in der einer Zusammenarbeit mit der KPD eine Absage erteilt und eine Koalition mit der DDP befürwortet wurde, mit 90 gegen 35 Stimmen ab. 93 Delegierte stimmten für einen Antrag, der die am 2. März veröffentlichten Vorschläge der KPD für eine Zusammenarbeit im Landtag begrüßte und eine Kommission für Verhandlungen mit den Kommunisten einsetzte.

61 Einen Tag nach dem Zustandekommen der Regierungen reagierte der Parteivorstand der SPD mit einer wütenden Erklärung. Ohne direkt auf Sachsen einzugehen, hieß es darin: „Der Parteivorstand lehnte gerade jetzt entschiedener denn je ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab.“ Alle Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie wurden davor gewarnt, „den kommunistischen Gimpelfängern zu folgen.“ Dass dieser „Ordnungsruf“ der Parteiführung vollkommen verpuffte und ungeachtet blieb, „ist ein Indiz für die beginnende, im Spätsommer 1923 kulminierende Linksentwicklung der breiten Arbeiterschaft“. (Leo Schwarz, Ohne die Bourgeoisie, junge Welt: <https://www.jungewelt.de/artikel/446632.geschichte-der-arbeiterbewegung-ohne-die-bourgeoisie.html>)

konterrevolutionären Kräfte vorzunehmen. Ab dem Punkt, wo die Kommunisten in die Regierung eingetreten waren, fingen sie sie jedoch an, es sich „gemütlich“ zu machen und übernahmen in erster Linie ordinäre staatliche Aufgaben. Dafür wurden sie heftig kritisiert. „Die Lage ist so ernst“, betonte das Mitglied der Zentrale August Kleine gegenüber Brandler, „dass ein falscher Schritt jetzt (sehr viele Genossen sprechen bereit schon von ‚groben Fehlern‘ hier) eine Niederlage bedeuten würde. Wir müssen schleunigst mit dem ganzen Regierungsdreck [...] Schluss machen. In Tagen vor Kämpfen sorg man dafür, die Stimmung und den Opfermut der Massen zu heben und beschäftigt sich nicht mit ablenkenden Arbeiten, weil man ‚staatlich gebunden‘ ist. Nicht das war der taktische Sinn unseres Eintretens in die Regierung. [...] Ich hoffe, dass wir uns ohne Schwierigkeiten wieder zusammenfinden, sonst erwarte ich nichts Gutes.“⁶² Es kam jedoch nicht dazu, dass die Minister ihre ursprüngliche Aufgabe, die Beschaffung von Waffen, wieder in den Fokus nahmen. Sie Versagten in ihrer Position also völlig. „Statt die neue Qualität dieser Regierung zur Entfaltung [...] zu bringen, statt die gewonnenen Machtpositionen zur Organisierung der revolutionären Massenbewegung zu nutzen, statt sich auf die außerparlamentarischen Aktionen der Werktätigen zu stützen, verhielten sich die von den Arbeiterorganisationen an die Spitze der Ministerien gestellten Regierungsmitglieder wie gewöhnliche, vor allem auf die Einhaltung der ‚Spielregeln‘ bürgerlicher Koalitionspolitik bedachte Minister“, hält Wolfgang Ruge fest.⁶³

Während und obwohl die kommunistischen Minister ihrer Aufgabe nicht gerecht wurden, konnte Berlin es nicht mitansehen, dass überhaupt Kommunisten in Dresden mit in der Regierung saßen. Die erwartete Antwort der Reaktion kam, für die die Kommunisten in den Arbeiterregierungen nicht ausreichend Vorkehrungen trafen. Besonderen Druck übten die Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller auf die Regierung aus, die um ihre Profite bangten. Die Deutsche Volkspartei (DVP) intensivierte auch ihre Hetzreden gegen die sächsische Regierung, man müsse „Schluss machen, gegebenenfalls [den] Belagerungszustand verhängen“, so der Abgeordnete Siegfried von Kardorff. Der Großindustrielle Hugo Stinnes forderte knapp und eindeutig: „Sachsen und Thüringen exekutieren. Kein Tag darf verloren gehen“. Nach einigem hin und her handelte die Regierung im Interesse ihrer Klasse, der Bourgeoisie und schritt zur Offensive. Ein Vorwand für den Sturz der Arbeiterregierungen war rasch gefunden. Als die Regierung Zeigner die von General Müller geforderte Auflösung der proletarischen Hundertschaften ablehnte, befahl Reichswehrminister Otto Geßler am 20. Oktober den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen.⁶⁴ Er berief sich hierbei auf den 48. Artikel der Weimarer Reichsverfassung, welcher die Möglichkeit einer „Reichsexekution“ behandelte. In dem ersten Absatz des Artikels heißt es: „Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.“⁶⁵ Die Umsetzung dieser „Reichsexekution“ in den folgenden Tagen, durch mehr als 60.000 Soldaten, stellte die größte Aktion der deutschen Streitkräfte nach Ende des Krieges dar.

62 Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, VSA Verlag, 2000, S.233

63 Wolfgang Ruge: Weimar. Republik auf Zeit, Berlin 1969, S.132

64 Volker Ullrich skizziert die Beziehungen der Reichsregierung zu Sachsen von der Bildung der Arbeiterregierung bis zu ihrer Niederschlagung in: Volker Ullrich, Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund, S.139-171

65 Die Bedeutung der Reichsexekution in der Weimarer Reichsverfassung und ihre Anwendung 1923 in Sachsen und Thüringen; online:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/413444/081ff6f96f13d47bc85c48eafa185cf1/WF-XI-G-055-06-pdf-data.pdf>

An dem Abend des „Exekutionsbefehls“, dem 20. Oktober, beschloss die Zentrale der KPD einstimmig, „dass auf Grund der Nachrichten über den Einmarsch der Reichswehr die Losung des Generalstreiks, der den bewaffneten Kampf einschloss, herausgegeben werden sollte“⁶⁶. Da die KPD nur über wenige eigene Waffen verfügte, galt es, die Lager in den Polizeikasernen zu erbeuten, bevor diese unter Kontrolle der einmarschierenden Reichswehr gelangten. „Die für die Arbeiter verfügbaren Waffen hingen also von dem Schwung der Aktion ab, von der Energie und Kühnheit, mit der sie organisiert wurde, von dem Erfolg der Kommunisten, die Masse auf ihre Seite zu ziehen und die Waffen des Feindes zu erbeuten“⁶⁷, schrieb Ruth Fischer später. Doch der KPD-Führung um Brandler fehlte diese Entschlossenheit. Sie beschloss, erst noch eine Betriebsräte- und Arbeiterkonferenz am 21. Oktober in Chemnitz abzuwarten, um die Stimmung unter den linken Sozialdemokraten zu berücksichtigen. Dieser Konferenz wurde damit quasi das weitere Schicksal der deutschen Revolution anvertraut – ein fataler Fehler.

5 Der Hamburger Aufstand

Am 21. Oktober trat in Chemnitz die Versammlung von Betriebsräten und Vertretern von Arbeiterorganisationen zusammen, die wenige Tage vorher sehr überstürzt einberufen worden war. Auf dieser Konferenz stellte Brandler den Antrag auf Generalstreik, der jedoch wenig Widerhall gefunden haben soll. Als auch der „linke“ Flügel der SPD sich weigerte, am Generalstreik teilzunehmen, beschloss Brandler den Rückzug.⁶⁸ „Die Verantwortung für das ‚Absagen‘“, so Brandler in einem Brief an Isaac Deutscher aus dem Jahre 1959, „trifft mich allein. Ich unterbreitete diesen Vorschlag den in Chemnitz anwesenden ZK-Mitgliedern“.

Trotz diesem von der Zentrale beschlossenen Rückzug der Partei, kam es zwei Tage nach dem Ausgang der Chemnitzer Konferenz zu bewaffneten Kämpfen in Hamburg unter Führung der KPD. In der Literatur zu dieser Thematik existieren verschiedene Mutmaßungen und Erzählungen über das Zustandekommen des Hamburger Aufstandes, auch wenn sie in Details immer mal wieder unterschiede aufweisen, setzten sich die folgenden zwei Erzählungen über die Hintergründe des Aufstandes durch:

- 1) Während der Chemnitzer Konferenz warteten die Kuriere mit dem Aufstandsbehl in der Tasche auf das Startzeichen. Ein KPD-Funktionär kam während der Sitzung aus dem Saal und ergriff Eigeninitiative: „Haut ab! Fahrt los! Geht in Ordnung!“, hieß die Aufforderung an die Kuriere. Nach dem Brandler von dieser Aktion erfuhr, machte er sich direkt auf den Weg, die Kuriere abzufangen, die er auch allesamt am Bahnhof antraf. Nur der Instruktor für Hamburg, H. Remmele, war bereits abgefahren und konnte nicht mehr erreicht werden. Auch der Versuch, einen Motorradfahrer mit Gegenbefehl nachzuschicken, blieb ohne Erfolg. Aus diesem „tragikomischen Anlass“ kam es dann dazu, dass in Hamburg der bewaffnete Aufstand eingeleitet wurde⁶⁹.

66 Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, S.27

67 Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus Bd.1, Berlin 1991, S.412

68 „Ich übernehme die volle Verantwortung für den Rückzug im Oktober. [...] Ich sage noch mehr. Ich würde in einer ähnlichen Situation wieder genau so handeln.“ Brandler, zitiert nach: Die Lehren der deutschen Ereignisse; S.26)

69 In einer Mitteilung der Zentrale der KPD über den Hamburger Aufstand vom 29. Oktober 1923 heißt es: „Die Aktion, die die in Hamburger Organisation unternommen hatte, wurde hervorgerufen durch den Irrtum eines Mitgliedes der Z.[Zentrale]. Nach den Angaben von Mitgliedern der Hamburger Kampforganisation kam ein

- 2) Die Nachricht vom Ausgang der Chemnitzer Konferenz und der Zurücknahme des Aufstandsbefehls erreichte die Hamburger Parteileitung rechtzeitig. Sie erhielt also noch vor Beginn der Kampfhandlungen die Anweisung, diese abubrechen, entschloss sich aber, sich bewusst darüber hinwegzusetzen. In dem Bericht Wilhelm Piecks heißt es, dieser Erzählung zustimmend: „Obgleich bereits die Genossen unterrichtet waren, dass die Chemnitzer Konferenz den Generalstreik nicht beschlossen hatte, so glaubten sie doch, nicht mehr von ihren Vorbereitungen für den bewaffneten Vorstoß zurückgehen zu können. Sie rechneten mit aller Bestimmtheit damit, dass durch die in Sachsen erfolgte Reichsexekutive der Kampf auf der ganzen Linie ausgelöst werden würde und gerade durch den Hamburger Vorstoß dieses Losschlagen in günstiger Weise beeinflusst wurde.“⁷⁰ Die Hamburger Führung ging also in den Aufstand, obwohl ihr der Ausgang der Chemnitzer Konferenz und die Anweisung, keine bewaffneten Kämpfe zu beginnen, bekannt war.

Der Historiker Werner T. Angress kommt nach Analyse der verschiedenen Varianten zum Schluss, dass „die genaueren Umstände, unter denen es zum Hamburger Aufstand kam, wahrscheinlich niemals völlig geklärt werden können.“⁷¹ Fakt ist: Am Abend des 22. Oktober trat die Leitung des KPD-Oberbezirks Nordwest unter Ernst Thälmann, dem Hamburger KPD-Vorsitzenden, zusammen und beschloss, am Morgen des kommenden Tages loszuschlagen.

5.1 Die politische Lage in Hamburg

Der generelle Bankrott der bürgerlichen Ordnung, welches sich im ganzen Reich bemerkbar machte, tritt im proletarischen Hamburg besonders augenscheinlich hervor. Die Hamburger Arbeiterklasse hatte in den Wochen vor dem Hamburger Aufstand bereits ihre Kampfbereitschaft in diversen Streiks und Kämpfen um die Straße in Form von Zusammenstößen mit Polizisten bewiesen. Die kämpferische Stimmung der Hamburger wurde bestärkt durch den Fakt, dass Reichswehrtruppen aus Nordwestdeutschland zur Niederschlagung der Arbeiterregierungen entsandt worden waren. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Hamburg keine Reichswehrtruppen standen, dass die Hamburger KPD-Abteilung mit deutschlandweiten militärischen Aktionen rechnete und grundlegende Voraussetzungen für revolutionäre Aktionen in Hamburg unzweifelhaft gegeben waren, schien die Weisung, nun loszuschlagen, keineswegs absurd, sondern wie die einzig richtige Entscheidung.

Die unmittelbare Orientierung auf den Aufstand ließ die Partei nun erst einmal auf die grundsätzlichen Mängel in der Aufstandsvorbereitung stoßen. So waren die Waffenbestände um einiges kleiner als angenommen. Der militärische Leiter, der erst einen Tag vor Beginn des Aufstandes für diesen Posten ernannt wurde, hatte nur unzureichende Informationen über den Zustand der eigenen Kampforganisationen, sowie die des Gegners und die Tatsache, dass die Verantwortlichen mehrerer Bezirke nicht aufgefunden werden konnten und somit vom Aufstand genauso überrascht wurden, wie der Klassenfeind. Grundsätzlich lässt sich festhalten: Am Morgen des 23. Oktober hatte der Gegner „auf seiner Seite eine erdrückende Übermacht der Kräfte.“⁷² Die Kommunisten hatten gerade mal insgesamt so

Mitglied der Z. mit dem Befehl, sofort loszuschlagen. Dieser Auftrag ist irrtümlich gegeben worden.“ - Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, S.280

70 Harald Jentsch, Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Ingo Koch Verlag, 2005, S.115

71 Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923, Düsseldorf 1973, S.482

72 H. Kippenberger, Der bewaffnete Aufstand, S.79

viele Gewehre wie der Gegner ganze Polizeistationen besaß. Die Leiter der Kampforganisationen der KPD kamen daher - in Rücksicht auf diese Tatsachen - zu dem Entschluss, ihre Hauptkräfte auf die plötzliche Überrumpelung der Polizeikasernen zu setzen. Es ging um die Entwaffnung der Polizei und Faschisten, sowie die Besetzung der Waffenlager und die Aneignung dieser Bestände durch die Arbeiterklasse. Daraufhin sollte kritische Infrastruktur, wie Post- und Telegraphenamts, die wichtigsten Bahnhöfe und der Flugplatz, besetzt werden.

5.2 Die Offensive der KPD und der Verlauf des Aufstandes

Am 23. Oktober, um 5 Uhr in der Früh, begann der Hamburger Aufstand, durch das Überrumpeln der Polizeikasernen in einer für den Gegner unerwarteten Weise durch Kampforganisationen der Partei. Zu diesem Zeitpunkt besaßen die Kommunisten nur wenige Revolver und Gewehre und kein einziges Maschinengewehr. Auch der Versuch des militärischen Leiters, ein Maschinengewehr aus einem Versteck aus Bergedorf zu beschaffen, scheiterte kläglich. Dies, da die Genossen in Bergedorf nichts von den Aufstandsplanungen wussten und dementsprechend dem aufgebracht Kurier Misstrauen entgegenbrachten, obwohl dieser den Namen des Besitzers und das entsprechende Stichwort aufsagen konnte. Die Realisierung der Stoßtruppler, dass sie fast unbewaffnet den Kampf aufnehmen würden, da die militärischen Leiter ihr Versprechen, genügend Waffen zu beschaffen, nicht einhalten konnten, schwächte die Truppenmoral und ließ die Kampf Stimmung sinken. Diese Verunsicherung führte dazu, dass ein Drittel der Stoßtruppler auf dem Weg von dem geheimen Treffpunkt hin zu den Polizeistationen abhaute.

Doch es mussten nur 30 Minuten vergehen, und schon hatte sich die Lage drastisch zugunsten der Kommunisten verändert. Um 5:30 hatten sie 17 von 26 Polizeistationen erfolgreich überwältigt und entwaffnet.⁷³ Die erste Offensivhandlung der Hamburger Arbeiterklasse war ein außerordentlicher Erfolg. Gegen 6 Uhr trafen die 130, nun allesamt mit Gewehren und Revolvern bewaffneten, Stoßtruppler an dem vereinbarten Folgetreffpunkt ein. Drei leichte Maschinengewehre waren sie auch imstande zu erbeuten. Hans Kippenberger nennt zwei zentrale Gründe, um diesen Erfolg der Stoßtruppler zu erklären:

1. Es hat eine sorgfältige Aufklärungsarbeit, Erkundung des Geländes und der Zugangsstraßen, stattgefunden, welche wichtige Erkenntnisse für die Operationsführung und die Lagebeurteilung lieferte. „Die Organisation des Angriffs“, so Kippenberger, „war restlos durchdacht worden und es waren alle möglichen Einzelheiten bis ins Kleinste vorgesehen.“⁷⁴
2. Die Polizei war äußerst geschwächt. Aufgrund der Kämpfe in der Stadt in den Tagen vor dem 22. Oktober, während denen die Polizei sich durchgehend in höchster Alarmbereitschaft befand, war sie merklich mitgenommen. Der Polizeipräsident Hamburg, in Erwartung, dass die Kämpfe nun abnehmen würden, erlies den Befehl, die Polizei nun auf die niedrigste Kampfbereitschaftsstufe zu versetzen. Dies führte dazu, dass die Polizisten, am Morgen des 23. Oktober durch den Aufstand völlig überrumpelt und erst durch ihn aus dem Schlaf gerissen wurden.

73 Volker Ulrich, Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund, S. 155

74 H. Kippenberger, Der bewaffnete Aufstand, S.83

Während dieser militärischen Aktionen taten die Genossen der KPD alles, um die Massen in den Hamburger Aufstand einzubeziehen und ihn nicht zu einer isolierten Aktion der kommunistischen Avantgarde verkommen zu lassen. Sie agitierten an allen Punkten der Stadt, an denen die Arbeiter gewöhnlich zusammenkamen, wie die Stadtbahnhöfe, Betriebs- und Fabriktoie etc., für den Generalstreik und die Unterstützung des Kampfes der Kommunisten. Hier konnte sie deutliche Erfolge erzielen. Es begann nun die Phase der Partisanenkämpfe mit der Hamburger Polizei, es wurde der Befehl zum Bau von Barrikaden ausgegeben. „Gleich nachdem di[ese] Losung [...] ausgegeben worden war, wuchsen diese in der kürzesten Frist in allen Stadtteilen aus dem Boden hervor.“⁷⁵ Der Erfolg beim Barrikadenbau war Ausdruck der erfolgreichen Arbeit, die Hamburger Arbeiterschaft in den Aufstand einzubinden, ohne sie wäre dies nicht gelungen. In seinem Bericht zum Hamburger Aufstand schreibt der sowjetische Konsul in Hamburg, Grigori L. Schklowski, über die Haltung der Bevölkerung zu den Aufständischen:

„Niemals, weder in Russland noch in Deutschland habe ich bisher eine derart wohlwollende Haltung der Bevölkerung den kämpfenden Genossen gegenüber beobachtet, wie in diesem Fall. Von den Arbeitern ganz zu schweigen, sogar der kleine Spießbürger, der Ladenbesitzer, der Beamte und der Freiberufler, alle sympathisierten mit den in den Schützengraben hinter den Barrikaden in Deckung liegenden Helden. Von ihren Freunden wurden sie gepflegt und über jegliche Nachrichten von feindlichen Truppenbewegungen informiert. Die Frau vom Tante-Emma-Laden bahnte sich unter Lebensgefahr einen Weg durch die Kampfzone hindurch, brachte 120 Patronen und übergab sie einem bekannten Kommunisten. Parteilose Frauen waren die hauptsächlichlichen Erbauer der Barrikaden, sie litten auch am meisten. Gerade sie brachen die Pflastersteine aus, fällten hundertjährige Bäume, hoben Schützengräben aus und besorgten Geräte für diese Arbeit.“⁷⁶

Eben diese Barrikaden nutzen die Aufständischen im Laufe des Tages als Täuschungsmittel. In der Annahme, hinter ihnen würde sich die breite Masse der Aufständischen verbergen, starteten die Polizeibehörden ihre Offensive immer durch intensives Feuern auf die Barrikaden, die Hauptkräfte der Aufständischen nahmen jedoch auf den Dächern, hinter den Fenstern und den Balkongeländern der umliegenden Häusern Stellung und konnten von dort aus das Feuer eröffnen. Während die Polizei in diesen Straßenkämpfen erhebliche Verluste erlitt, konnten die Aufständischen durch ihre klugen Maßnahmen weitgehend Verluste vermeiden. Während die Kämpfenden die Sympathie der Arbeiterschaft eindeutig genossen, muss jedoch festgestellt werden, dass diese jedoch keine Posten in den Schützengraben bezog.⁷⁷ Es gelang der KPD nicht, die ihr positiv gesinnten Massen in den tatsächlichen

75 H. Kippenberger, *Der bewaffnete Aufstand*, S.84

76 Grigori Schklowski: Bericht an Grigori Sinowjew über den „Hamburger Aufstand“; in: *Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, S. 270

77 Um detailliert nachvollziehen zu können, wer in Hamburg eigentlich auf den Straßen war, welche Rolle sie dort einnahmen, in welchem Verhältnis sie zur KPD standen, wie das Geschlechterverhältnis der kämpfenden aussah, welchen Alters die Akteure waren und wie ihr Arbeitsleben aussah, siehe: Peterson, L. (1983). A social analysis of KPD supporters: The Hamburg insurrectionaries of October 1923. *International Review of Social History*, 28(2), 200–239.

bewaffneten Kampf einzubinden. „Sie [die Hamburger Arbeiter] zogen zwar ihre Hüte vor der Tapferkeit der Wagemutigen, sie selbst nahmen jedoch [...] die Gewehre nicht in die Hand“, resümiert Schklowski⁷⁸.

In dieser Situation befanden sich die Kämpfenden der KPD am 23. Oktober um 17 Uhr, als an sie die Direktive der Parteileitung übermittelt wurde, dass sie nicht losschlagen sollten, aufgrund des Ausgangs der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz. Die Partei musste nun das Signal zur Einstellung des Kampfes ausgeben. Im Laufe der Nacht kam es noch zu einzelnen Zusammenstößen mit der Polizei durch Individuen, die sich dem Befehl, den Kampf einzustellen, nicht fügen wollten. Im Großen und Ganzen verlief die Nacht vom 23. bis zum 24. Oktober jedoch ruhig – der Aufstand war abgebrochen, die unmittelbare Perspektive einer deutschen Revolution ein Relikt der Vergangenheit, ein ausgeträumter Traum.

5.3 Die Verantwortung der Brandler-Führung für das Scheitern des „deutschen Oktobers“

Im Jahre 1923 waren die Verhältnisse reif für den Sieg der proletarischen Revolution, der Kapitalismus hatte den Volksmassen nichts mehr zu bieten und musste überholt werden, so auch die Wahrnehmung der breiten Teile der Gesellschaft. „Die Arbeiterschaft“, schrieb Arthur Rosenberg, „hasste den bestehenden Staat und war bereit, mit den Kommunisten zusammen ein neues Staatsgebilde zu schaffen: also eine revolutionäre Situation ohnegleichen.“⁷⁹ Es habe daher nach Rosenberg „nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre, wie der Sommer 1923“⁸⁰. Dafür, dass diese einzigartige Chance nicht genutzt wurde, muss in erster Linie die damalige Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, mit Brandler an der Spitze, verantwortlich gemacht werden. „Wenn es trotz der revolutionären Situation und trotz der Anstrengungen der K.I. und der K.P.D.“, so die Resolution des EKKI vom 19. Januar 1924 über die deutschen Ereignisse, „weder zum revolutionären Entscheidungskampfe, noch zu politischen Massenkämpfen kam, so infolge einer Summe von Fehlern und Mängeln, die teilweise opportunistische Abweichungen enthielten.“⁸¹

Der von der Zentrale begangene Fehler, war keineswegs die grundsätzliche taktische Orientierung auf die Einheitsfront und auf Arbeiterregierungen als unmittelbare Vorstufe des Endkampfes für den Sozialismus, wie es die Ultralinken ihr vorwerfen. Diese Taktik war von großer Relevanz, um die Massen für die KPD zu gewinnen. So heißt es auch in den „Leitsätzen über die Einheitsfront“ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu dieser Politik der KPD: „Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diesen Beschluss für unbedingt richtig und ist überzeugt, dass die K. P. D. bei voller Wahrung ihrer selbstständigen politischen Stellung in breitere Arbeiterschichten einzudringen und den Einfluss des Kommunismus auf die Massen zu verstärken vermag.“⁸² Doch es wurden erhebliche opportunistische Fehler bei der Durchführung dieser Politik begangen. Diese Fehler waren die logische Konsequenz der opportunistischen Auffassung Brandlers über die Rolle der Arbeiterregierung, die er bereits auf dem 8. Parteitag geäußert

78 ebd.

79 Arthur Rosenberg, Vor einem Jahr (Oktober-November 1923), in: Die Internationale, 7 (1924), S.629

80 Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, S.157

81 Die Lehren der deutschen Ereignisse, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1924, S.101

82 Die proletarische Einheitsfront, S.16

hatte und in Teilen durchsetzen konnte. „Der Sinn des Regierungseintritt in Sachsen war nach der Auffassung der Exekutive“, so die Position des EKKI, „eine speziell militärische und politische Aufgabe“. Die kommunistischen Minister „waren vor allem verpflichtet, die Frage der Bewaffnung der Arbeiter brutal zu stellen; schon in den ersten Stunden ihrer Beteiligung an der Arbeiterregierung durften die Kommunisten kein anderes Grundthema kennen, als die Frage der Bewaffnung des Proletariats.“⁸³ Bei dieser Aufgabe versagten die KPD-Führer auf ganzer Linie.⁸⁴ Sie versäumten es, die Partei auf „die eine Aufgabe“ hin zu orientieren, die auf der Tagesordnung stand: „rücksichtslos sich und das Proletariat zur Machtübernahme voranzutreiben.“⁸⁵ In der Resolution des EKKI zu den „Lehren der deutschen Ereignisse“ heißt es schlussfolgernd in der Bewertung des taktischen Konzeptes und seiner verfehlten Umsetzung durch die KPD: „Die fehlerhafte Durchführung der Taktik der Einheitsfront, insbesondere im Anfang, in einer Reihe von Ländern, bedeutet aber nicht, dass die Taktik selbst falsch ist. Dieser Schluss wäre ebenso verkehrt wie die Ablehnung der revolutionären Ausnützung des Parlamentarismus, deshalb, weil einzelne Parlamentsfraktionen sie nur unter großen Fehlern zu lernen vermögen. Die Taktik der Einheitsfront an sich war und bleibt richtig, ungeachtet der gelegentlichen Fehler.“⁸⁶ Ein weiterer grundsätzlicher Fehler bei der Vorbereitung der revolutionären Erhebungen war die enorme Abhängigkeit des gesamten Planes von dem Ausgang der Chemnitzer Konferenz. Es war ein Fehler, dass die Partei alles so restlos von dem Ausgang dieser Konferenz abhängig machte und für den Fall des Misslingens praktisch gar nicht vorbereitet war, da sie keinen anderen Plan für die Machtergreifung besaßen.

5.4 Kommunistische Mythenbildung – Projektion und Schuldzuweisung statt tiefgehender Selbstkritik

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten [...].“⁸⁷ – W.I. Lenin

83 Die Lehren der deutschen Ereignisse, S.104

84 Der Eintritt von Kommunisten in eine solche Regierung war keineswegs falsch, wie Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der KI ausführte, „im Gegenteil dieser Schritt wurde durch die revolutionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt.“ Was aber war falsch? Die Kommunisten in diesen Arbeiterregierungen haben nicht darauf bestanden, dass diese Regierungen wie wirkliche Machtorgane funktionierten. Sie „hätten ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnutzen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot so groß war, dass viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister ‚im Rahmen der bürgerlichen Demokratie‘“. (Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd.2, Berlin 1958, S.602)

85 Arthur Rosenberg, Vor einem Jahr (Oktober-November 1923), in: Die Internationale, 7 (1924), S.630

86 Die Lehren der deutschen Ereignisse, S.96f

87 W.I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: LW 21, S.42

„Eine große Armee, wie jede andre große gesellschaftliche Organisation, ist nie besser, als wenn sie nach einer großen Niederlage in sich geht und Buße tut für ihre vergangenen Sünden.“⁸⁸ – Friedrich Engels

Mit dem Scheitern des „deutschen Oktobers“, der sich letztendlich auf den Hamburger Aufstand beschränkte, endete die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie ging als unbestrittener Sieger aus ihr hervor. Da jedoch die Revolution in Deutschland als Teil eines revolutionären Prozesses auf internationaler Ebene verstanden werden muss, bedeutete das Scheitern der Kommunisten in diesem Jahr ein Sieg der internationalen Bourgeoisie auf ganzer Linie. Die Niederlage im Jahre 1923 war ein geschichtlicher Wendepunkt im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Der Sieg der Bourgeoisie in der revolutionären Nachkriegskrise, stellte Wilhelm Pieck in einem Artikel aus dem Jahre 1932 fest, bedeutete „die blutige Niederschlagung der revolutionären Vorhut und damit die zeitweilige Rettung des verfaulenden kapitalistischen Systems auf Kosten der blutenden, hungernden Massen [...]“.⁸⁹ Solch eine Niederlage erforderte von den Kommunisten eine tiefgehende Selbstkritik. Schonungslos hätten sie aufdecken müssen, welche Fehler die Partei in solch hochkomplexen Terrain des Klassenkampfes, wie es die Weimarer Republik 1923 darstellte, gemacht hatte. Die Auseinandersetzung in der KPD, um den „Oktoberrückzug“, wurde diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Jede Strömung in der Partei suchte sich ihre Sündenböcke heraus, auf die sie alle Probleme projizieren konnte. So entstanden in der kommunistischen Bewegung diverse geschichtliche Mythen, die in verschieden starkem Grad die historische Wirklichkeit verzerrten, um das eigene Verständnis von der Politik der Partei plausibel erscheinen zu lassen.

Wie bereits oben ausgeführt, geht das Scheitern der deutschen Revolution wesentlich auf das Konto der rechtsopportunistischen KPD-Zentrale, das haben die „Linken“ in der Partei um Ruth Fischer und Arkadi Maslow berechtigterweise hervorgehoben. Doch sie lasteten die gesamten Fehler der Partei, all die Ursachen für solch einen geschichtlichen Wendepunkt, allein einzelnen Personen an, der Gruppe um Heinrich Brandler. Damit überschätzten sie die Rolle des Individuums im geschichtlichen Prozess, Thälmann stellte diesbezüglich auf dem fünften Weltkongress der Kommunistischen Internationale fest: „Die Niederlage ist keine Frage von Personen, sondern die Frage ist, ob die Partei in jener revolutionären Situation ihre historische Aufgabe erfüllt hat.“⁹⁰ Durch diese Personalisierung der Niederlage drückten sich die Linken aber auch vor einer allumfassenden Analyse des eigenen Versagens, was dazu führte, dass sie keine adäquate Antwort auf die Frage besaßen, wie man es denn hätte besser machen sollen. Ihrer Meinung nach hätte die Hamburger Parteileitung im Oktober 1923, trotz der fehlenden Vorbereitungen auf den Entscheidungskampf und dem Ausbleiben der bewaffneten Aktionen in anderen Teilen der Republik, einfach weiterkämpfen und die Entscheidung suchen sollen.⁹¹ Das EKKI stellt hingegen in Bezug auf die Oktoberereignisse fest, es sei klar, „dass ein solcher bewaffneter Kampf, selbst wenn er, wie in Hamburg von

88 Friedrich Engels: Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806-1807“. In: MEW 21, S.349

89 Wilhelm Pieck: 14 Jahre KPD. In: Das Echo, 31.12.1932

90 Protokoll des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 in Moskau, Hamburg, 1924, S.261

91 Dies tut Hans Kippenberger, wenn er behauptet, dass nachdem „der Aufstand begonnen und bedeutende Erfolge erzielt hatte“, man das Signal zur Einstellung der Kampfhandlung nicht ausgeben dürfte, „ohne dem Marxismus untreu zu werden“, Kippenberger, S.92

der Bevölkerung, nicht ohne Sympathie aufgenommen wird und von einer Massenbewegung gestützt wird, zum Scheitern verurteilt ist, wenn er isoliert bleibt⁹². Positiv hervorgehoben, wird stattdessen, dass der Aufstand „mit musterhafter Disziplin abgebrochen werden“ konnte.⁹³ Diese Einsicht in die Notwendigkeit eines Rückzugs in bestimmten Situationen des Klassenkampfes, fehlte der Gruppe um Fischer und Maslow.

Im Zuge des innerparteilichen Kampfes, der in der KPD nach der Oktoberniederlage einsetzte, spielte die Figur Brandler eine zentrale Rolle. Die „Linken“ nutzen sie immer wieder als Sinnbild für Sozialdemokratismus und inszenierten ihn als bewussten Agenten der Bourgeoisie. Ruth Fischer hatte bereits in einem Referat, direkt nach der Niederschlagung des Aufstandes, die scheinbar „bewusste und zielmäßige“ Vereitelung des Aufstandes durch Brandler betont: „Genossen, ich sage, wer Brandler so einschätzt, dass er nicht wusste, dass in Sachsen keine Waffen zu holen sind, der kennt ihn nicht. Er hat seine dortige Tätigkeit mit Bewusstsein so getan, damit die wahre Einheitsfronttaktik, wie er sie erträumt, vom ersten bis zum letzten durchgeführt wird.“⁹⁴ Der Komintern-Abgesandte Mátyás Rákosi hatte in einem Bericht, den dieser im März 1923 nach Moskau sandte, bereits Irritation über den Politikstil von Fischer und ihren Anhängern geäußert. Er, Rákosi, sei verblüfft darüber gewesen, so heißt es in dem Bericht, „mit welcher Demagogie, Skrupellosigkeit und Unverantwortlichkeit diese Leute“, arbeiten. Dieser Diskussionsstil entfaltete sich in vollen Zügen nach der „Oktoberniederlage“. Als Reaktion darauf, dass einige Parteimitglieder Brandler als legitimes Erbe Luxemburgs verstanden und sich dies als Begründung dafür nutzten, sich für ihn auszusprechen, schrieb Fischer in einem Artikel des Berliner Funktionärorgans „Der Funke“: „Wer den Brandler[...] mit der Berufung auf Rosa Luxemburg heilen will, der will einen Tripperkranken durch Einflößen von Syphilisbazillen gesund machen.“⁹⁵ Josef Eisenberger ging in einem Brief an das ZK der KPD vom 7. Dezember 1924 noch einen Schritt weiter. Er bezeichnete den „Brandlerismus“ als „Todfeind der proletarischen Revolution“ und „Dolchstoß in den Rücken der KI“.⁹⁶ Diese Erzählung setzte sich in der kommunistischen Bewegung weitgehend durch. Beispielhaft dafür ist die Broschüre der KPD/ML mit dem Titel „50 Jahre Hamburger Aufstand“, in der es heißt: „Die Kommunistische Partei Deutschlands erfüllte damals ihre Aufgaben nicht. Warum? In ihrer Führung waren zeitweise Leute wie Brandler und Thalheimer, Agenten des Reformismus und Revisionismus. Sie wiegelten ab, boykottierten und verhinderten den Kampf und gaben die Arbeiterklasse in fast ganz Deutschland den wütenden Mordkommandos der weißen Reaktion preis.“⁹⁷ Heinrich Brandler und seine Anhänger als bewusste „Agenten“ des Klassenfeindes darzustellen ist natürlich einfach, so muss man sich mit den Ursprüngen ihrer falschen Auffassungen nicht mehr auseinandersetzen. Diese Erklärung ist bequem und eingängig: Die Brandler-Zentrale hat im Interesse der Bourgeoisie die Partei bewusst auf falsche Wege gelenkt. Unbequemer und um einiges komplexer ist es, die opportunistische Politikansätze Brandlers als Problem eines Menschen zu verstehen, der wahrlich der Revolution dienen wollte.

92 Die deutschen Ereignisse, S.105

93 ebd.

94 Die Lehren der deutschen Ereignisse, S.52

95 Politische Vierteljahresschrift, Dezember 1968, Vol. 9, No. 4 (Dezember 1968), S.528

96 Jens Becker, Harald Jentsch, „Heinrich Brandler – biographische Skizze bis 1924; in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S.294

97 ZK der KPD/ML, „50 Jahre Hamburger Aufstand 1923 – 1973“, Verlag Roter Morgen, 1973, S. 68

Um die Entwicklung Brandlers hin zum Rechtsopportunisten nachzuzeichnen, bedarf es eines biographischen Exkurses:

Als junger Arbeiter, der aktiv für seine Rechte stritt, empfand Brandler die „Burgfriedenspolitik“ der SPD als offenen Bruch mit den Grundprinzipien der Sozialdemokratie und als Verrat an der Arbeiterklasse. Entsprechend seiner konsequent antimilitaristischen Gesinnung, organisierte er sich in der Spartakusgruppe und gehörte später zu den Gründern der KPD. Als Vertreter dieser, konnte er in Chemnitz erhebliche Erfolge erzielen, so gelang es ihm mit Fritz Heckert bis 1920, den mit etwa 14 000 Mitgliedern weitaus größten Parteibeck der KPD aufzubauen.⁹⁸ Auf dem 2. Parteitag der KPD unterstützte er noch den offensiven Kurs Paul Levis gegen den linksradikalen-syndikalistischen Flügel, im Einklang mit der KI betrachtete er sie, als hinderndes Element, um die Massenbasis der Partei auszubauen und zu einer wahrhaft proletarischen Kampfpartei werden zu lassen. Im Februar 1921 wurde er zusammen mit Walter Stoecker Nachfolger des zurückgetretenen und später ausgeschlossenen KPD-Vorsitzenden Paul Levi. Als Vorsitzender vertrat er dann die sogenannte „Offensivtheorie“, deren Ziel es war, durch eine „rasche und kraftvolle Aktion“ die Revolution durchzuführen. Im November 1920 hatte Brandler jenen Satz ausgesprochen, der die grundlegenden Annahmen für die Politik der „Offensivtheorie“ auf den Punkt brachte: „Lieber sich in der revolutionären Beurteilung der Lage täuschen, als hinterher einen schweren Fehler machen, wenn die Vorbedingungen geschaffen sind, nicht alles in diesem revolutionären Machtkampf ausgenutzt zu haben.“⁹⁹ Auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 17. März 1921 gab Brandler dementsprechend das Signal zum Übergang der Partei zur gezielten Offensive: „Unser Einfluss geht über unsere Organisation von 4 bis 500 000 kommunistischen Mitgliedern hinaus. Ich behaupte, dass wir heute schon 2-3 Millionen nichtkommunistischer Arbeiter im Reich haben, die wir durch unsere kommunistische Organisation [...] beeinflussen, die in Aktionen auch in einer Angriffsaktion von uns unter unserer Parole kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, dass wir [...] uns nicht länger nur passiv, abwartend verhalten können [...], sondern [...] mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinne zu ändern.“¹⁰⁰ Dieser Befehl zum „Sturmangriff“ auf den Kapitalismus, verkannte völlig die politische Situation und überschätzte die kommunistischen Kräfte. Die Aktion wurde blutig niedergeschlagen und die Partei erheblich geschwächt. Die gerade durch die Vereinigung mit der USPD gestärkte VKPD mit ca. 450 000 Mitgliedern verlor mehr als die Hälfte ihrer Mitgliedschaft. Aufgrund seiner zentralen Rolle als Parteivorsitzender in der Aufstandsplanung wurde er im April 1921 verhaftet. Verurteilt wurde er zu fünf Jahren Festungshaft, doch konnte nach ein paar Monaten in die Sowjetunion fliehen. Intensiv setzte er sich daraufhin mit der Märzaktion der Partei auseinander, welche sie isoliert, von der Klasse bestritten hatte. Er resümiert: „Die Partei hat versäumt, an das Konkrete anzuknüpfen.“¹⁰¹ Sie müsse daher nicht nur Vorkämpfer für das Endziel der Arbeiterklasse, sondern auch für seine unmittelbaren Tagesinteressen werden. Wie auch Lenin, kam Brandler zu der Überzeugung, dass der Linksradikalismus zu einer der zentralen Gefahren innerhalb der Kommunistischen Internationale geworden war. Auf dem dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der unter dem Slogan „Heran an die Massen“ tagte,

98 Vgl. Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, S.35

99 Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, S.131

100 Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees, zitiert nach: Jens Becker, Harald Jentsch, „Heinrich Brandler – biographische Skizze bis 1924; in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 280

101 Ebenda., S.281

fand der Kampf gegen den Linksradikalismus seinen Höhepunkt. Am vehementesten wurde dieser geführt durch Lenin, der die Märzaktion aufs Schärfste verurteilte und schlussfolgerte, dass man „in Zukunft [...] einen solchen Kampf [...] nicht aufnehmen“ dürfe, „solange die Kommunisten nicht die Mehrheit im ganzen Lande, sondern nur in einem kleinen Bezirk hinter sich haben.“¹⁰² Diese Mahnung, die im direkten Gegensatz zu seinen Aussagen aus dem Jahre 1920 stand, hatte einen maßgeblichen Einfluss auf Brandler und führte ihn zu einer grundlegenden Kurskorrektur. Aufgrund seiner Erfahrung mit der Märzaktion der KPD 1921, wandte er sich von nun an energisch gegen putschistische Abenteuer. Im September 1922 kehrte Brandler nach Deutschland zurück und übernahm erneut die Führung der KPD. Als Vorsitzender war er nun stets von der Angst begleitet, ein zu schnelles Vorgehen würde die kommunistische Bewegung in eine nicht mehr rückgängig zu machende Niederlage führen. „Einen Aufstand provozieren“, schrieb er 1923, „ist jetzt keine Kunst. Wir wollen aber mehr. Wir wollen uns auf den Bürgerkrieg so vorbereiten, dass er nicht mit einer fürchterlichen Niederlage für uns endet, sondern dass wir dabei einen Schritt vorwärts kommen.“¹⁰³ Die Situation sei jetzt die, dass, „wenn wir den Kampf wagen und unterliegen, die Weltrevolution auf 10 bis 20 Jahre zurückgeworfen wird.“¹⁰⁴ Brandlers opportunistische Konzeption der Rolle der Arbeiterregierung und sein Zurückschrecken vorm bewaffneten Kampf in der entscheidenden Situation im Oktober 1923 ist in diesem historischen Kontext zu verstehen: Im Jahre 1921 drängte er am offensivsten für den Entscheidungskampf und führte die Partei damit in eine schwerwiegende Krise. Auf internationalen Treffen wurde diese falsche Politik getadelt und stattdessen auf das Gewinnen der Mehrheit der Arbeiterklasse orientiert. Daraufhin versuchte er seine Anschauungen zu korrigieren. Bei diesem Balanceakt zwischen linkem Radikalismus und rechten Opportunismus war Brandler nicht imstande, sein Gleichgewicht zu halten und verfiel wiederholt in das eine oder andere Extrem. Er entwickelte eine dem revolutionären Zweck inadäquate Politik und war somit als Parteivorsitzender ungeeignet, zum „bewussten Agenten der Bourgeoisie“ macht ihn das jedoch nicht.

6 Lehren aus dem Hamburger Aufstand sowie der Politik der KPD 1923

6.1 Möglichkeit des Sieges über einen militärisch überlegenen Feind

Der Kampf der Hamburger Kommunisten beweist, dass die Arbeiterklasse, trotz der extremen Überlegenheit der bürgerlichen Kräfte, den Feind militärisch besiegen kann. Dies jedoch nicht in einem klassischen Gefecht, sondern nur dann, wenn sie das Tempo bestimmt und die Truppen des Gegners, dann, wenn sie zerstreut und unwachsam sind, aus dem Hinterhalt überwältigt. So wurden die Kämpfenden in Hamburg nicht durch die Kräfte der Konterrevolution militärisch besiegt, sondern sie griffen aus politischen Gründen selbst zum Rückzug, obwohl sie ihrerseits nur minimale Verluste erlitten hatten und dem Feind enorme zufügten. In der illegalen Zeitung der KPD zu militärischen Fragen, mit dem Namen „Vom Bürgerkrieg“, wird folgende Lehre aus den Oktoberkämpfen gezogen:

102 Arnold Reisberg, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, S. 433

103 Jens Becker, Harald Jentsch, „Heinrich Brandler – biographische Skizze bis 1924; in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 285

104 Ebenda, S.289

„Der kämpfende Arbeiter muss für den Gegner überall und nirgends sein, überraschend auftreten, wieder verschwinden, nie fassbar sein. So wurde der Feind unsicher, durch die ihm zugefügten Verluste zermürbt und konnte über die Stärke der kämpfenden Arbeiter nie ein klares Bild erhalten.“¹⁰⁵

6.2 Die KP muss die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich gewinnen

Die Vorbedingung für den Sieg der proletarischen Revolution, ist es, dass die Kommunistische Partei es versteht, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Revolutionen sind nie einfach Produkt des Kampfes eines isolierten Vortrupps; es ist das organisierte und kämpfende Volk mit revolutionärer Führung, welches den Sozialismus erkämpft. Mit Entschlossenheit muss diese Aufgabe solchen Elementen klargemacht werden, welche die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands einseitig als militär-technische Frage betrachten und das politische Moment verkennen. Die KPD hatte das erkannt, wenn sie auch nicht immer konsequent entsprechend dieses Grundsatzes handelte:

„Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um den Kommunismus ist die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei.“ – Zentrale der KPD¹⁰⁶

6.3 Die KP muss sich für den Bürgerkrieg rüsten – Notwendigkeit eines ausgereiften Militärapparats

Als Kommunisten müssen wir unverhüllt erklären, dass die Klassenherrschaft der Bourgeoisie nicht einfach mit reinem Enthusiasmus und Überzeugung für die Sache des Sozialismus gestürzt werden kann. Auch der Fakt, einen großen Teil des Volkes hinter einem zu wissen, bewahrt einen nicht davor, zusammen mit großen Teilen des Volkes niedergeschlagen und erschossen zu werden. Notwendig für den Sieg sind Waffen und eine gute militärische Organisation, die sich auf die Kriegskunst und einen militärischen Organisationsplan stützt. Selbst in Zeiten wie den heutigen, in Zeiten, in denen der bewaffnete Kampf unendlich weit entfernt, die Revolution für viele wie ein Ding der Unmöglichkeit scheint, müssen sich die Kommunisten für die Zeit des Bürgerkriegs, der Zeit für den unmittelbaren Kampf für den Sozialismus, rüsten.

Die Probleme bei der Waffenbeschaffung sowie die geringen Kenntnisse über den Zustand der eigenen Kräfte und der des Gegners des militärischen Leiters während des Hamburger Aufstand dienen als exzellentes Beispiel dafür, wie ein Aufstand *nicht* vorbereitet werden soll. Die exzellente Arbeit bei der Aufklärung der Polizeistation und die darauf basierende erfolgreiche Überrumpelungsaktion der Hamburger Kommunisten zeigt uns hingegen, wie

105 Militärische Lehren der Oktoberkämpfe in Hamburg, Vom Bürgerkrieg Heft 6; in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915-1945, S.82

106 Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung; in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915-1945, S.170

belohnend die ordentliche Arbeit in diesem Bereich ist. Die Schaffung eines militärischen Apparats sowie die langfristige Vorbereitung auf die militärische Entscheidung der Machtfrage sind daher Wesensmerkmal einer Kommunistischen Partei, die ihrem Namen gerecht wird.¹⁰⁷

„In der Epoche des Bürgerkriegs ist das Ideal der Partei des Proletariats eine kriegsführende Partei.“ - W.I. Lenin¹⁰⁸

6.4 Relevanz der Zersetzungsarbeit unter den Streitkräften der Bourgeoisie

Der bürgerliche Staat ist das entscheidende politische Machtinstrument in den Händen der Bourgeoisie, das ihnen zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung dient, es ist ein Herrschaftsapparat zur systematischen Ausübung ihrer Diktatur über die werktätige Bevölkerung. Die Armee ist ein zentraler Teil des Staatsorganismus und in Zeiten des Bürgerkriegs das entscheidende Mittel der Machtausübung der Bourgeoisie. „Von dem Grad der Festigkeit der Armee und ihrem Zustand“, konstantiert H. Kippenberger, „hängt in hohem Maße der Grad der Festigkeit des Staatsapparats als Ganzes ab. Von dem Grad der Zersetzung der jeweiligen bürgerlichen Armee wird in hohem Grade die Frage des Sturzes der Bourgeoisie und der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates durch das Proletariat im Augenblick einer unmittelbar revolutionären Situation abhängen“¹⁰⁹. Dementsprechend muss es eines der dringlichsten Anliegen einer KP, wenn die Klassenkämpfe sich zuspitzen, sein, die bürgerliche Armee zu zersetzen und der Hauptmasse der Armee ihre Interessensüberschneidung mit der Arbeiterschaft aufzuzeigen und sie für den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren, so dass sie nicht zum Werkzeug der Konterrevolution wird.¹¹⁰ Das Ausbleiben dieser Arbeit und der Fakt, dass die Reichswehr fest in der Hand ihrer reaktionären Führung blieb, war ein wichtiger Faktor für das Versagen der Revolution 1923 in Deutschland.

„In allen bisherigen Aufständen ohne Ausnahme hat stets die Armee eine ungeheure Rolle gespielt. Davon, in welchem Grade die Armee mit der Revolution sympathisiert, in welchem Grade es dem Kommandobestand gelingt, sie zum Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat auszunutzen, hängt nicht selten die Entscheidung der Frage über den Ausgang der Revolution ab“ – Hans Kippenberger¹¹¹

107 So heißt es in den von Lenin erarbeiteten „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“, jede KP sei „verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Apparat zu schaffen, der im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.“ (LW 31, S.195)

108 W.I. Lenin, Der Partisanenkrieg; in: LW 11, S. 209

109 Kippenberger, S.150

110 In den bereits erwähnten Aufnahmebedingungen in die KI heißt es zur kommunistischen Arbeit in den bürgerlichen Armeen: „Man muss in der Armee hartnäckig und systematisch Propaganda und Agitation treiben und in jedem Truppenteil kommunistische Zellen bilden. [...] Die Ablehnung einer solchen Arbeit aber wäre gleichbedeutend mit einem Verrat an der revolutionären Pflicht und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale.“ (LW 31, S.195)

111 H. Kippenberger, Der bewaffnete Aufstand, S.152

6.5 KP muss das gesamte Proletariat eines Landes organisatorisch vereinen und einheitlich führen

Der Kampf der Arbeiter, so ehrenhaft und erfolgreich wie er geführt werden mag, führt notwendig zur Niederlage, wenn er regional begrenzt bleibt. Um im revolutionären Kampf zu siegen, bedarf es mindestens der national einheitlich handelnden Arbeiterklasse. Es bedarf einer landesweiten Führung, die für den Klassenkampf im ganzen Land eine einheitliche Strategie und Taktik ausarbeitet und darauf basierend die Klasse zum Sieg führt. Dieser Aufgabe wurde die KPD 1923 nicht gerecht, an der Schaffung solch einer Organisation zu arbeiten ist die unmittelbare Aufgabe aller Kommunisten in der BRD.

„Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: Sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisation und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten im ganzen Lande besteht die Rolle der Kommunistischen Partei als Vortrupps des Proletariats. Gerade darum brauchen wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei.“ – Ernst Thälmann¹¹²

112 Thälmann, E. (1925). *Die Lehren des Hamburger Aufstandes*. Mlwerke.de.
http://www.mlwerke.de/th/1925/th1_069.htm